

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,50 M., monatlich 1,10 M.
Wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die festgesetzte Kolonnen-
größe über deren Raum 50 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Beiträge
und Besprechungs-Artikeln 30 Pfg.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 5. März 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Französische Schlappen bei Arras. - Heftige Kämpfe in Galizien

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 4. März. (W. L. B.) Amtlicher Bericht
vom 3. März, 3 Uhr nachmittags. Dem gestrigen
Abendbericht ist nichts Wesentliches hinzuzufügen.

Paris, 4. März. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom
3. März, 11 Uhr abends. Zwischen Meer und Rine Kanonade
von veränderlicher Heftigkeit.

Der Austausch der Schwerverwundeten.

Karlsruhe, 4. März. (W. L. B.) Die „Karlsruher
Zeitung“ meldet halbamtlich: Der Austausch der
Schwerverwundeten Deutschen und Franzosen
hat am 2. März von Konstanz und Lyon aus begonnen.

Ein feindlicher Flieger über Rottweil.

Stuttgart, 4. März. (W. L. B.) Eine Bekanntmachung des
Stellvertretenden Generalkommandos besagt: Ein
feindlicher Flieger ist gestern über Rottweil erschienen
und hat drei Bomben auf die Pulverfabrik geworfen.

120 000 Mann kanadische Truppen für
die Verbündeten?

Montreal, 4. März. Die kanadische Regierung trifft
gegenwärtig Maßnahmen zur Entsendung von 120 000 Mann
neuer Rekruten in die Reihen der Verbündeten.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
4. März 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein französischer Munitionsdampfer, für
Nieuport bestimmt, fuhr durch ein Versehen der
betrunknen Besatzung Ostende an, erhielt dort
Feuer und sank. Die verwundete Besatzung
wurde gerettet.

Auf der Loretto-Höhe nordwestlich Arras
setzten sich unsere Truppen gestern früh in Besitz
der feindlichen Stellung in einer Breite von
1600 Metern. Acht Offiziere, 558 Franzosen
wurden gefangen genommen, sieben Maschinen-
gewehre und sechs kleinere Geschütze erobert.

Erneute französische Angriffe in der Cham-
pagne wurden leicht abgewiesen.

Ein französischer Vorstoß westlich St.
Hubert in den Argonnen mißlang, im Gegen-
angriff entrißen wir den Franzosen einen
Schützengraben; auch im Walde von Cheppy
scheiterte ein französischer Angriff.

Eine der letzten Eisselturmveröffentlichun-
gen brachte die Nachricht, daß eine deutsche Ko-
lonne beim Marsch über die Höhe von Tahure
mit Erfolg beschossen sei. Wir müssen die aus-
nahmsweise Richtigkeit dieser Nachricht be-
stätigen. Die Kolonne bestand aber aus abge-
führten französischen Gefangenen, unter denen
ein Verlust von 38 Mann tot, fünf verwundet
eintraf.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Russische Angriffe nordwestlich Grodno
gerieten in unser flankierendes Artilleriefeuer
und scheiterten. Auch nordöstlich Lomza brachen
die russischen Angriffe unter schweren Verlusten
zusammen.

In Gegend südlich von Mysziniec und Chor-
zele sowie nordwestlich Prasznyz erneuerten die
Russen ihre Angriffe.

Auf übriger Front keine Veränderung.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 4. März. (W. L. B.) Amtlich wird verlaut-
bart: 4. März 1915:

An der Biala, südöstlich Jalliczyn, wurden
gestern vorgehende russische Truppen nach blutigem Kampfe
zurückgeworfen. Weiderseits des Latorczatales und auf
den Höhen nördlich Cisna dauern die Kämpfe stellenweise
auch nachts an. Ueberall, wo es unseren Truppen gelang,
Raum zu gewinnen, unternimmt der Feind wiederholt Gegen-
angriffe, die stets blutig zurückgeschlagen werden.

An den übrigen Fronten keine wesentliche Ände-
rung, nur Geschützkämpfe.

Vor Przemyśl herrscht Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Der Fortschritt der Kriegs-
handlung.

Von Richard Sädle.

Die Offensive, die der französische Generalissimo am 17. De-
zember begonnen, hatte mit einem völligen Mißerfolge geendet.
In der Art, wie sie eingeleitet und durchgeführt wurde, konnte
sie — das dürfen wir heute sagen — einen anderen Ausgang gar
nicht haben.

Nach dem endgültigen Scheitern ihrer Vorstöße beschränkte sich
die französische Heeresleitung längere Zeit auf die kleinen Plänk-
leien der Vortruppen, die bei so nahem Gegenüberliegen der Gegner
beinahe unvermeidlich sind. Der Gewinn oder Verlust eines Stük-
kens Schützengraben, ja, das Vorschleichen der eigenen Laufgräben
um hundert Meter oder noch weniger erscheint in den Berichten
schon als eine große Kriegshandlung.

Fast zwei Monate nach dem Beginn seiner ersten Offensive
entschloß er sich zu einem zweiten größeren Versuche, wie mit
scheinen will: einem erheblich ernster gemeinten als der erste es
war. Ich habe den Eindruck, daß er diesmal mit größerer Ent-
schlossenheit und stärkeren Kräften um einen Erfolg gerungen
hat, vielleicht noch weiter ringen will, den man Frankreich und der
Welt wenigstens als die Einleitung einer allgemeinen Entschei-
dung hinstellen könnte.

Das deutsche Hauptquartier nimmt an, daß er sich zu diesem
Entschlusse wesentlich mit Rücksicht auf die schwere Niederlage der
Russen in Nazuren aufgetrafft habe. Leicht möglich, daß es ihm
darauf ankam, den äußerst üblen Eindruck einigermaßen zu ver-
wischen, den dieser Schlag auf unsere verbündeten Gegner gemacht
hat, und ebenso auf gewisse neutrale Staaten, die man noch immer
hoffen mag, für sich zu gewinnen. Daneben wird er geglaubt
haben, durch die Abgabe erheblicher deutscher Massen, die in so
früher Offensive die ganze Kriegslage im Osten zu ändern, die
Front im Westen demotiviert zu finden, daß ein größerer
Erfolg wohl im Bereiche der Möglichkeit lag. Wenn er seine harti-
näckigen Angriffe in diesem Sinne unternommen hat, so wird man
zugeben müssen, daß er sich seinen Operationsraum — die Land-
schaft der Champagne zwischen Reims und den Argonnen — nicht
ungünstig ausgesucht hat. Sowohl die geographisch-taktischen Ver-
hältnisse mögen ihm hier noch am ehesten rasche Erfolge in Aus-
sicht gestellt haben, wie auch die allgemeine Richtung seines An-
griffes! Angesichts der ungeheuren Widerstandskraft, die deutsche
Truppen gegen jeden Frontalangriff bewiesen haben, durfte er
allerdings selbst bei großem Optimismus kaum erwarten, daß ein
glücklicher Erfolg, wenn auch auf einer Front von
40 Kilometern Breite erfochten, einen vollständigen Umschlag der
Kriegslage zugunsten der Verbündeten bewirken werde. Tat-
sächlich hat er nicht einmal in solcher Breite angegriffen, vielleicht
weil er die hierzu erforderlichen Kräfte nicht versammeln konnte,
ohne andere Teile seiner Front gefährlich zu entblößen.

Sein Angriff begann am 16. Februar und verstärkte sich in
den folgenden Tagen bis zum 19. Februar; dann waren offen-
bar die bisher eingesehten Truppen am Ende ihrer Kräfte an-
gekommen. In den nächsten beiden Tagen herrschte ziemlich Ruhe
auf dem Kampffelde, und erst am 22. begann der Stoß neuer,
größerer Kräfte, die bis zum 28. an Stärke fortdauernd zunahm,
bis zuletzt mindestens zwei französische Armeekorps sich am An-
griffe beteiligten.

Ueber den Ausgang dieser Kämpfe stehen sich die amtlichen
Meldungen beider Gegner schroff gegenüber. Während die Fran-
zosen „bedeutende“ Fortschritte gemacht, über 2000 Meter deutscher
Schützengraben erobert, die Waldstücke zwischen Perthes und Beau-
séjour in ihre Hand gebracht, viele Gefangene zurückgeführt und
eine erhebliche Anzahl deutscher Toter gezählt haben wollen, sagt
das deutsche Hauptquartier am 27. Februar kurz und bündig: „Die
Angriffe wurden in vollem Umfange abgewiesen“, und am
28. Februar: „Die Vorstöße wurden nach heftigen Kämpfen
restlos abgeschlagen.“ Vereinen lassen sich diese entgegen-
stehenden Aussagen natürlich nicht; aber es ist immerhin möglich,

daß die französischen Berichte sich die Zeit und die Kampflage, über die sie erzählen, sorgfältig ausgesucht haben. Denn da auch das deutsche Hauptquartier von heftigen Kämpfen spricht, so hat es sich um ein hin- und herwogenes schweres Gefecht gehandelt, in dem stellenweise und zeitweise, wie in jeder größeren Schlacht, auch der zuletzt Unterlegene Vorteile davongetragen haben wird.

Wie dem auch sei, und wenn selbst Joffres Berichte in vollem Umfange zutreffend wären, könnte dies an seinem Misserfolge im großen nicht das mindeste ändern. Denn Angriffe in solchem Umfange unternimmt man nicht, um hier und da ein Stückchen Graben zu erobern, sondern um den Gegner zu schlagen und die ganze Schlachtlinie zu eigenen Gunsten einschneidend zu verschieben. So, wie die Franzosen bei Soissons schwer erschüttert und unter großen Verlusten über die Aisne zurückgeworfen wurden! Wenn Joffre nicht noch in der Lage ist, erhebliche neue Kräfte heranzuführen, dann darf man ruhig behaupten, daß auch diese seine zweite Offensive völlig gescheitert ist. Und das beweist wieder einmal, daß auf diesem Wege die große deutsche Front überhaupt nicht zu erschüttern ist.

Nimmt man nun hinzu, daß in den letzten Tagen unsere Truppen in dem nördlichen wie in dem südlichen Teile der Vogesen Fortschritte gemacht haben, so stellt sich die Lage auf dem westlichen Kriegsschauplatz als eine für uns günstige dar. Wie können sie ruhig und zufriedenen Blickes betrachten; ob auch die Franzosen und Engländer mit dem zufrieden sein dürfen, was sie in den letzten vier Monaten geleistet und erreicht haben, ist doch wohl eine andere Frage. Sie haben sicher mehr Grund, eine Aenderung herbeizuwünschen und herbeizuführen, als wir, die wir uns in Nord-Frankreich und in Flandern ganz wohl fühlen und denen es dort an nichts fehlt.

Im Osten ist nach den großen Erfolgen der masurischen Schlacht eine Zeit geringerer Tätigkeit eingetreten, die man wohl als die Vorbereitung zu neuen Entscheidungen betrachten darf. Die Russen haben sich von dem erschütternden Eindruck ihrer schweren Niederlage ziemlich rasch erholt — neben seinen großen Schwächen liegt in dieser Elastizität ein Vorzug ihrer Truppen, mit dem jeder Gegner rechnen muß. Sobald der Druck auf den Summischwaum nachläßt, saugt er sich wieder voll Wasser und quillt zur alten Gestalt übermäßig auf. Wir haben es gegenwärtig ohne allen Zweifel auch schon wieder mit den gesammelten und geordneten Resten der zehnten Armee, mit Angriffen der Festungstruppen, mit neu herangeführten Heeresgruppen und wahrscheinlich auch mit Verstärkungen zu tun, die anderen Teilen ihrer Front entnommen sind. Das System ihrer Landesverteidigung durch die starken Befestigungen der Njemen-Narow- und Weichsel-Linie bewährt sich ebenso, wie an unserer Westgrenze die französische Sperrlinie an Mosel und Maas ihre volle Schußfähigkeit gezeigt hat und noch tut. Lagen jetzt die breiten und sumpfigen Täler des Sarow und Narow, deren wenige Uebergänge sämtlich durch Brückenköpfe geschützt sind, nicht quer vor unserer Aumarischlinie, dann könnte sich das russische Heer in seiner gegenwärtigen Lage überhaupt nicht halten.

In Galizien leisten ihm die Karpathen, die nun einmal durch die vorhergehenden Kriegsergebnisse in seine Hand gefallen sind, ähnliche Dienste. Wir haben in den letzten Tagen durch den Generalstab gehört, daß dort jetzt auch eine deutsche Heeresgruppe vorwärtsdrängt, in enger Anlehnung an österreichisch-ungarische Truppen, und zwar mit dem rechten Flügel etwa an der Straße über den Jablonka-Paß in Ostgalizien, mit dem linken quer über die Hagofer-Strasse in den Mittelkarpathen. Das ist eine Ausdehnung von etwa 160 Kilometern, es handelt sich hier also offenbar um recht beträchtliche Streitkräfte. Daß diese zwar langsam, aber unerbittlich vorwärtsdrängen, gibt uns die Hoffnung, daß auch auf dem Südflügel der langen russischen Front zuletzt ein für uns günstiges Schlusergebnis wird erlangt werden.

Die Beschießung der Dardanellen durch die englisch-französische Flotte halte ich für eine leere Demonstration, die an der Gemütsruhe der Türken wirkungslos abprallen wird. Ein materieller Erfolg, das heißt die Öffnung der Meerenge und eine ihr folgende Beschießung von Konstantinopel ist ausgeschlossen, solange nicht sehr erhebliche Landstreitkräfte gegen die Werke eingesetzt werden können. Die werden aber kurzzeitig in Frankreich nötiger gebraucht. Sie könnten also nur von irgendeiner dort noch neutralen Macht geliefert werden. Aber wer wird die Dardanellen für Rußland erobern wollen? Und dann müßte er immer noch mit dem Widerstand eines türkischen Heeres rechnen!

## Ostlicher Kriegsschauplatz. Der Kampf in Prasznyz.

Berlin, 3. März. (B. Z. B.) Aus dem Großen Hauptquartier erfahren wir: Nach der bewundernswerten Eroberung des in einem starken Stützpunkte ausgebauten Ortes Prasznyz durch eines unserer Korps, das aus östlicher Richtung vorging, wurde die Lage hier insofern einen Tag kritisch, als drei russische Armeekorps den deutschen Flügel von Osten, Südosten und Süden her angriffen und das siegreiche Korps veranlaßten, in einer Rückwärtsbewegung Front gegen diese Uebermacht zu machen. Hierbei wurden Teile des Korps scharf angefaßt, auch konnte eine größere Zahl von Verwundeten, die in benachbarten Dörfern untergebracht waren, nicht rechtzeitig zurückgeschafft werden. Die Russen waren nicht imstande, den geordneten Verlauf der Rückwärtsbewegung zu stören, und verloren die Fühlung mit dem deutschen Korps. Daran geht hervor, daß sie bei ihren Angriffen stark gelitten haben.

Zwischen ist die Lage nach dem Eintreffen deutscher Verstärkungen wieder hergestellt. Der ganz bedeutungslose russische Erfolg hält mit dem ihm vorausgegangenem deutschen Sturm auf Prasznyz, wo wir über 10 000 Gefangene und reiche Kriegsbeute machten, keinen Vergleich aus. Wenn die Russen sich gleichwohl bemühen, ihn durch ebenso lange wie unglaubwürdige Berichte zu einer beachtenswerten Waffentat aufzubauen, so spricht daraus nur das vergebliche Streben, die allgemeine Aufmerksamkeit von der vernichtenden Niederlage ihrer 10. Armee in der Winterschlacht in Masuren abzulenken.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe.)

## Die Karpathenschlacht.

Wien, 4. März. (B. Z. B.) Der Kriegsberichterstatter der „Neuen Freien Presse“ meldet: Der ausgiebige Schneefall hat die Heftigkeit der Karpathenschlacht nicht gemindert. Am westlichen Flügel, wo die Russen die größten Verluste hatten, hat die Intensität des russischen Angriffs nachgelassen. Um so heftiger tobt die Schlacht im Zentrum zwischen Luplower und Ujzoler Paß. Westlich des Ujzoler Passes ist es ruhiger. Der äußerste rechte Flügel steht in Südostgalizien großen russischen Kräften gegenüber. Täglich wirft der Feind neue Verstärkungen in die Front. Die Dauer der Kämpfe ist nicht abzusehen. Um Przemyß verhalten sich die Russen passiv.

## Der türkische Krieg.

### Das Bombardement der Dardanellen.

Konstantinopel, 4. März. (B. Z. B.) Ueber das gestrige Bombardement der Dardanellen telegraphiert der dortige Korrespondent der Agence Milli: Vier feindliche Panzerschiffe, umgeben von mehr als zehn Torpedobooten, beteiligten sich an dem Bombardement, ohne irgendwelchen Schaden bei den Batterien, die das Feuer sofort erwiderten, anzurichten. Die feindlichen Schiffe entfernten sich wie gewöhnlich. Vier französische Panzerschiffe gaben eine Anzahl Schüsse gegen Bulair ab, trafen aber nur die englischen Grabstätten, die sich dort bekanntlich seit 1854 befinden.

### Die Beschießung nach der Darstellung der englischen Admiralität.

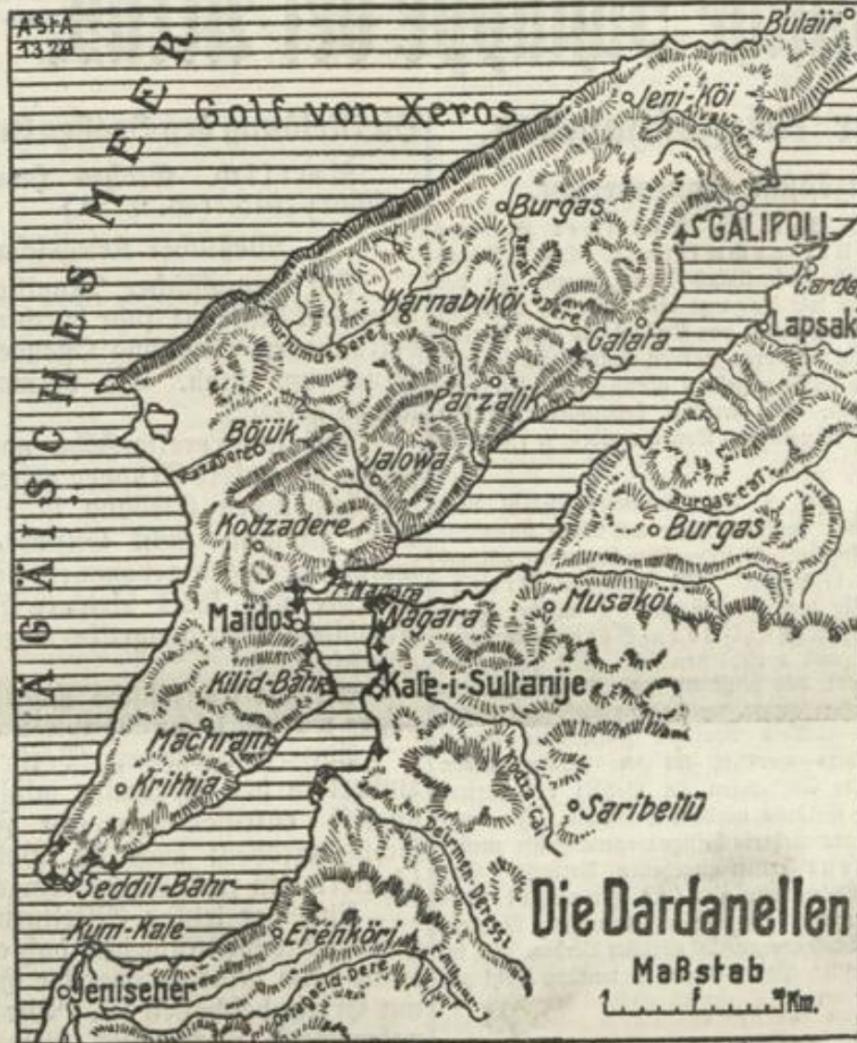
London, 4. März. (B. Z. B.) Die Admiralität teilt mit: Die Operationen in den Dardanellen wurden am Montag um 11 Uhr fortgesetzt. „Triumph“, „Ocean“ und „Abion“ fuhren in die Meerenge ein und griffen das Fort acht und die Batterie auf der weißen Klippe an. Die Forts, Feldgeschütze und Haubitzen erwiderten das Feuer. Aufklärende Hydropläne meldeten abends verschiedene neue Artilleriestellungen, in denen aber keine Kanonen aufgestellt waren. Die Hydropläne

entdeckten auch eine Anzahl Minen an der Oberfläche des Wassers. Einige Minenfischer räumten Montag nacht unter Deckung von Torpedojägern bis eineinhalb Meilen von Kap Kephen die Minen weg und verloren durch feindliches Feuer nur sechs Vermundete. Vier französische Schlachtschiffe beschossen bei Bulair Batterien und Verbindungen. Die früheren Operationen führten zur Vernichtung von neunzehn Kanonen von 15 bis 27 1/2 Zentimeter, von elf Kanonen von weniger als 15 Zentimeter, vier Nordensfelds, zwei Scheinwerfern und von Pulvermagazinen der Forts 6 und 3.

„Canopus“, „Swifsure“ und „Cornwallis“ begannen am Dienstag den Kampf gegen Fort 8. Auf diese Schiffe wurde von Fort 9 zugleich mit Feldbatterien und Haubitzen das Feuer eröffnet. Fort 9 wurde beschädigt und um 4 Uhr 50 Minuten nachmittags zum Schweigen gebracht. Die Schlachtschiffe zogen sich um 5 Uhr 30 Minuten zurück. Alle drei waren getrossen, aber nur ein Mann verwundet. Die Aufklärung durch Hydropläne wurde durch die Witterung verhindert. Das Minenfischen dauerte die ganze Nacht an. Der Angriff wird fortgesetzt. Der russische Kreuzer „Astold“ vereinigte sich mit der Flotte in den Dardanellen.

### Nichts Neues im Kaukasus.

Petersburg, 4. März. (B. Z. B.) Der Generalstab der Kaukasus-Armee teilt unter dem 2. März mit: Auf der ganzen Front hat kein Zusammenstoß von Bedeutung stattgefunden.



Karte zur Beschießung der Dardanellen.

## Amerika und die neue Handelsblockade der Verbündeten.

London, 3. März. (B. Z. B.) Nach Meldungen der „Times“ aus Washington ist die verantwortliche Presse in ihren Äußerungen über die Lage äußerst zurückhaltend. Einige Blätter wie „Philadelphia Ledger“ schelten die Regierung wegen ihrer nutzlosen und vielleicht gefährlichen Einmischung. Einige andere wie „New York Tribune“ zum Beispiel meinen, daß alles aufgegeben werden müsse, um die Interessen der neutralen Staaten zu wahren.

Im Repräsentantenhaus wurde ein Antrag eingebracht, daß die Neutralen darauf bestehen sollten, daß die Handelsstraßen offen blieben. Ein Kongressmitglied mit deutschem Namen forderte die Regierung auf, England sechzig Tage Frist zu geben, um seine politische Haltung zu ändern, die einen Affront für die Vereinigten Staaten bilde.

Die Regierung wird sicher enttäuscht sein, daß England ihren Vorstellungen keine Folge gibt.

Rotterdam, 3. März. (B. Z. B.) Nach dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ melden die „Times“ aus Washington vom 2. März: Man wartet mit außerordentlicher Spannung auf die Laute, welche auf die Erklärung des Vizepräsidenten McKim folgen werden. Alle Londoner Blätter bringen Telegramme aus Washington, wonach die Vereinigten Staaten in bestimmter Weise protestieren werden. Der englische Botschafter in Washington teilte Orban, nachdem er die französisch-britische Note überreicht hatte, mit, daß die Antwort Englands auf die von den Vereinigten Staaten vorgeschlagene Verbesserung der Lage im Kriegsgebiet in London in Erwägung gezogen werde. Man hofft in Amerika, daß demnach noch die Möglichkeit eines Ausgleichs vorhanden ist, durch den die Fortsetzung des neutralen Handels der Vereinigten Staaten mit Deutschland und den Verbündeten in anderer Form gewährleistet würde. Man weist darauf hin, daß beispielsweise ein Zugeständnis an die amerikanischen Baumwollimporteure und an die Importeure deutscher Farbstoffe viel dazu beitragen könnte, die praktischen und gefühlsmäßigen Folgen der Beschlagnahmen abzuschwächen.

Eine andere Frage sei, ob die Vereinigten Staaten die Beschlagnahmen ohne Protest hinnehmen würden. Man schreibt der amerikanischen Regierung die Tendenz zu, energisch gegen die Erklärung der englischen Regierung protestieren zu wollen, in der sich eine Bedrohung des neutralen Handels verberge. Am meisten mißfällt, daß sie eine Absicht verrate, die einer papiernen Blockade gleichkomme. Andererseits würde eine effektive Blockade nach dem Völkerrecht nicht gestatten, sich in den Handel mit den Häfen der an Deutschland grenzenden neutralen Länder einzumischen, nur weil das feindliche Land die mutmaßliche Endbestimmung der Ladung sei. In amerikanischen Kreisen wird gesagt, daß die Engländer für die Lage in den als Kriegsgebiet erklärten Gewässern moralisch verantwortlich seien, da sie durch die Beschlagnahme der „Wilhelmina“ zu verstehen gegeben hätten, daß sie beabsichtigten, die Einfuhr von Lebensmitteln abzuschneiden, wodurch sie das Völkerrecht verletzen hätten.

London, 4. März. (B. Z. B.) „Morning Post“ meldet aus Washington vom 28. Februar: Gestern sind im Kongress drei Resolutionen über den Krieg eingebracht worden. Senator Newlands brachte eine Resolution ein, in der der Präsident gebeten wird, eine Konferenz der Neutralen einzuberufen, die die kriegsführenden Mächte dringend zur Einstellung der Feindseligkeiten auffordern solle. Eine internationale Exekutivkommission solle ins Leben gerufen werden, die die Rechtsvollkommenheit besitze, über die Zwistigkeiten zwischen den Nationen ein Urteil zu fällen und die Ausführung ihrer Beschlüsse durchzusetzen. — Im Repräsentantenhaus brachte Dietrich eine Resolution ein, in der mehrere Verstöße Großbritanniens gegen die Vereinigten Staaten aufgezählt werden, die die Vereinigten Staaten geschädigt und ihre Neutralität gefährdet hätten. Der Präsident wird aufgefordert, innerhalb 60 Tagen nach Annahme der Resolution Zusicherungen zu erlangen, daß Großbritannien die Verstöße, derenwegen die Klage geführt wird, aufgeben will. — Calder beantragte die Einsetzung einer Kommission, die den Plan zur Einrichtung neutraler Seehandelsstraßen mit entsprechendem Patrouillenbeschütz entwerfen soll. Die Resolutionen wurden der Kommission für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

## Mafnahmen der amerikanischen Regierung.

Washington, 4. März. (B. Z. B.) (Meldung des Meuterischen Bureau.) Beide Häuser des Kongresses haben heute früh Resolutionen angenommen, welche die Regierung ermächtigen, Sollbeamte und bewaffnete Seesoldaten bereitzustellen, um die Abreise aller Schiffe jeder Nationalität aus amerikanischen Häfen zu verhindern, so oft wenn begründeter Verdacht vorliegt, daß sie beabsichtigen, Kohlen und Waren an feindliche Kriegsführender zu liefern.

## Die französische und englische Presse für Repressalien.

Paris, 3. März. (B. Z. B.) Die Presse brüht ihre Verfrühdigung über die englisch-französische Note aus und erklärt, es sei die Pflicht beider Regierungen gewesen, auf keine Weise zu verzichten, welche geeignet sei, die Unterwerfung Deutschlands zu beschleunigen. Der „Temps“ schreibt, die von den Verbündeten angekündigten Repressalien seien nicht unmenfchlich und hätten für die Neutralen keine ernstlichen Unannehmlichkeiten zur Folge, würden sie vielmehr vor den barbarischen Unternehmungen Deutschlands schützen. Es hänge übrigens nur von Deutschland ab, den Verbündeten die Seeherrschaft abzurufen, von der die Verbündeten Nutzen ziehen wollten, solange sie sie besäßen. „Figaro“ erklärt, die Blockade Deutschlands werde nunmehr tatsächlich vollständig sein. „Petit Journal“ führt aus, daß die Note den Interessen und Rechten Frankreichs und Englands entspreche. „Gaulois“ schreibt: Die neutralen Staaten können nicht anders, als den gemäßigten und gefeglichen Maßnahmen ohne jede Einschränkung zustimmen, welche die Verbündeten ergriffen haben, deren Verdienst es ist, daß sie nur diejenigen treffen, welche sie treffen wollen.

Kopenhagen, 3. März. (B. Z. B.) „Nationaltidende“ meldet aus London: Die englische Presse betont einstimmig, daß Amerika sich keinerlei Illusionen machen sollte, daß irgendein noch so scharfer Protest gegen die englisch-französische Erklärung irgendwelche Wirkung haben könne. Alles Protestieren sämtlicher Neutralen könne von vornherein als ganz fruchtlos betrachtet werden. England werde jetzt den Krieg unter vollster Ausnutzung seiner Herrschaft zur See führen und sich über alle Proteste der Neutralen hinwegsetzen. Die Welt solle jetzt erfahren, wie tief Englands Schwert heiße, wenn es ernstlich gezogen sei. „Globe“ behauptet nur, daß dieser Standpunkt nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt offen ausgesprochen worden sei. „Westminster Gazette“ schreibt: Es zeigt sich, daß die öffentliche Meinung der Neutralen außerstande ist, uns zu helfen. Wir beklagen, daß dies den anderen Mächten Unannehmlichkeiten bereitet. Wir müssen aber jetzt rücksichtslos unsere Interessen wahrnehmen. Diese Gesichtspunkte werden vollständig von der englischen Regierung geteilt.

## Ein deutsches Unterseeboot vor Calais.

Lyon, 4. März. (B. Z. B.) „Lyon Républicain“ meldet aus Paris: Am 27. Februar wurde sechs Seemeilen von Calais ein deutsches Unterseeboot gesichtet und sofort Alarm geschlagen. Die Küstenbatterien eröffneten das Feuer, doch verschwand das Unterseeboot hinter einem vorüberfahrenden Hospitalsschiff, bevor die Batterien sich eingeschossen hatten.

## Zwei neue französische Dreadnoughts.

Paris, 4. März. (B. Z. B.) Die Panzerschiffe „Provence“ und „Bretagne“, die im April 1913 von Stapel liefen, werden dieser Tage in Dienst gestellt werden. Die Wasserverdrängung beträgt 23 550 Tonnen, die Bewaffnung zehn Geschütze von 340 Millimetern, 20 von 138 Millimetern, die Geschwindigkeit 20 Knoten und die Besatzung über 1100 Mann.

## Krieg und Arbeiterklasse in England.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns:

Die interne Situation in England nähert sich einer Krise. Inmitten des Krieges haben wir eine Situation, die lebhaft an die große „Arbeiterunruhe“ der Jahre 1911 und 1912 erinnert. Die ganze Arbeiterklasse ist unruhig und unzufrieden, in allen Ecken und Enden des Landes gärt und rumort es, eine ganze Anzahl von Streiks in den verschiedensten Landesteilen und Gewerben sind im Gange, und noch viel wichtigere wirtschaftliche Kämpfe drohen auszubrechen. Die Lebensmittelpreise sind infolge des Krieges sehr beträchtlich gestiegen, und die Arbeiter wollen durch entsprechende allgemeine Lohnerhöhungen entschädigt werden. Die englischen Arbeiter haben zwar einen weit größeren Einfluß auf die Staatsgeschäfte als die irgendeines anderen europäischen Landes, aber sie lehnen dennoch mit vollkommenem Recht jede Verantwortung für die Politik, die zu diesem Kriege geführt hat, ab und sie denken nicht im Traume daran, die Opfer und Leiden, die der Krieg über sie zu bringen droht und bringt, als eine Fügung des Schicksals geduldig über sich ergehen zu lassen. Die englische Bourgeoisie, die das „Business as usual“ (Geschäft wie gewöhnlich) zu ihrem Wahlspruch gemacht hat, hätte am wenigsten recht, sich darüber zu beklagen. Außerdem gibt es ja ein regelmäßig sehr wirksames Mittel, derartige Schwierigkeiten zu beheben — ein Mittel, in dessen Anwendung die herrschenden Klassen Englands schon einige Übung haben —, nämlich die Wünsche der Arbeiter zu befriedigen. Auf das Geld dürfte es doch bei den bekannten „ungeheuren Hilfsquellen“ der englischen Bourgeoisie sicherlich nicht ankommen.

Dieses bewährte Mittel ist ja auch jetzt schon angewendet worden, aber merkwürdigerweise genau nach Maßgabe der Macht, die die betroffenen Arbeiterkategorien besitzen: die Forderungen der Postkubirer Vergarbeiter sind ohne viel Gerede refflos bewilligt worden; den gleichfalls sehr mächtigen Eisenbahnern ist man sehr weit entgegengekommen. Mit anderen Arbeiterkategorien, die weniger kampffähig sind, feilscht man und zankt man etwas mehr.

Groß ist die Not in der Rüstungsindustrie. In den Schiffswerften der Clyde, wo die neuen Kriegsschiffe für die englische Flotte hergestellt werden sollen, streifen jetzt über 10 000 hochqualifizierte Arbeiter, und läßt man den Dingen ihren Lauf nehmen, dann wird die Zahl der Streikenden in wenigen Tagen die Hunderttausend übersteigen. Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung von 2 Pence (16 Pfennig) die Stunde; die Unternehmer aber wollen nur eine solche von 1/4 Penny (6 Pfennig) gewähren. Man denke! Wegen einer Lohn-

differenz von 10 Pfennig die Stunde wird der Bau von Schiffen aufgehalten, die vielleicht den Krieg entscheiden und den Gang der Weltgeschichte wesentlich beeinflussen können! Ein Gedanke, der den Herrschenden in England gewiß unerträglich sein muß. Allein, eine jahrhundertlange Erfahrung hat den englischen Arbeitern das „Dogma“ beigebracht, daß sie die Interessen des Volkes und der Menschheit am besten fördern, wenn sie rücksichtslos ihre eigenen Klasseninteressen verteidigen. Auch sagen sie sich, daß, wenn das Schicksal Englands wirklich von den 10 Pfennig die Stunde abhängt, dann sollten die bestehenden Klassen und die Herrschenden, die doch so viel klüger und gebildeter sind, das zuerst einsehen und sich hüten, wegen lumpiger 10 Pfennig das Vaterland und die hohen Ideale, für die England in diesem Kriege kämpft, zu gefährden. Die Werksbesitzer lassen von dieser höheren patriotischen Einsicht vorläufig noch nichts merken. Die Regierung aber beginnt Symptome hochgradiger Nervosität zu zeigen.

Schon vor einiger Zeit hat die Regierung eine Kommission über die Produktion in Maschinenbau- und Schiffbaubetrieben“ eingesetzt, deren Empfehlung dahin ging, daß Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern dieser Betriebe, die sich nicht direkt beilegen ließen, durch sofort einzusetzende Regierungskommissionen geschlichtet werden sollen. Diese nicht besonders originelle Lösung, deren Wert recht zweifelhaft bleibt, solange keine Handhabe vorhanden ist, die Entscheidung der Regierungskommission gegenüber beiden Parteien zu erzwingen, soll beim gegenwärtigen Werksarbeiterstreik zum erstenmal angewandt werden. Der Regierungs-Industriekommissar Sir George Asquith, der bekannte berufsmäßige Streikbeileger, hat an den Unternehmerverband und die am Konflikt an der Clyde beteiligten Arbeiterorganisationen das folgende Schreiben gerichtet:

„Meine Erkundigungen über die Lage der Konflikte im Maschinenbau des Glasgower Distrikts zeigen, daß die beiden Parteien zu einer Einigung nicht gelangen konnten. Infolge des Aufschubs werden die Bedürfnisse der Nation ernstlich gefährdet.“

Ich bin von der Regierung beauftragt, zu erklären, daß durch die gegenwärtige Arbeitseinstellung wichtige Kriegsmunition, die von der Flotte und dem Heere dringend benötigt werden, aufgehalten wird, und daß sie eine Wiederaufnahme der Arbeit am Montag, den 1. März, verlangen muß.

Sofort nach Wiederaufnahme der Arbeit sollen Vertreter der Parteien mit der Kommission über die Produktion in Maschinen- und Schiffbaubetrieben konferieren, um die Streitfragen einem Schiedsgericht zur Beilegung zu übergeben, das auch mit der Vollmacht ausgestattet sein wird, den Zeitpunkt festzusetzen, von dem an die Beilegung wirksam sein soll.“

Man hat dieses Schreiben ein Ultimatum an die Arbeiter genannt, aber man braucht deshalb noch nicht zu glauben, daß dem Ultimatum die Kriegserklärung folgen wird. Man redet in diesen Tagen sehr viel von „Bluff“. Nun, dieses „Ultimatum“ ist nicht der übelste Bluff, der nur wenige über das Gefühl der Hilflosigkeit, das sich der Regierung bemächtigt hat, täuschen wird. Was wird die Regierung tun, wenn die Arbeiter das Ultimatum einfach ignorieren sollten? Eine Regierung hat ja freilich Polizei, Richter, Gefängnisse und heutzutage obendrein Soldaten die Legion. Aber sie wird sich wohlweislich hüten, sie in diesen Zeitläuften anzuwenden. Der wirkliche Zweck dieses energiefressenden Aufzetrens liegt vielmehr darin, den streikenden Arbeitern zu verstehen zu geben, daß sie auf die prompte Bewilligung wenigstens des größten Teils ihrer Forderungen rechnen können. Jedenfalls kann die englische Regierung nur auf diese Weise etwas ausrichten. Sollte sie das vergessen haben, dann wäre das ein Zeichen, daß sie den Kopf zu verlieren beginnt!

## Die Forderungen der englischen Hafenarbeiter.

Rotterdam, 4. März. (B. Z. B.) Der „Rotterdamsche Courant“ berichtet, daß eine Abordnung von Hafenarbeitern aus Pembroke, Devonport, Portsmouth, Chatham und Deptford Sonnabend bei dem Admiraltätssekretär Mac Namara erschien, um eine Lohnerhöhung von 4 1/2 Schilling wöchentlich zu verlangen. Die Delegierten betonten, daß die ihnen gewährte Zulage von einem Schilling bei den erhöhten Preisen für alle Lebensbedürfnisse zu wenig sei. Mac Namara erklärte sich bereit, die Forderung der Hafenarbeiter der Admiraltät vorzulegen. In Cardiff streikten 200 Arbeiter von der Anchor and Star Patent Fuel Co.

## Streik auf Schiffswerften.

London, 4. März. (B. Z. B.) „Morning Post“ meldet aus Newcastle vom 1. d. M.: In den Schiffswerften von Goole ist gestern der Streik ausgebrochen. Alle Schiffbauer haben die Arbeit niedergelegt. Durch den Ausstand sind betroffen die Goole Shipbuilding and Repairing Co. und die Webster and Viderton Co., die beide für die Regierung arbeiten. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung von fünf Schilling für die Woche, die Firmen sind bereit, drei Schilling zu bewilligen.

## Zum Streik in Glasgow.

Basel, 4. März. (B. Z. B.) Nach einer Meldung der „Nationalzeitung“ ist der Metallarbeiterstreik in Glasgow noch nicht beigelegt. Die Unzufriedenheit sei auf die Anwerbung von dreitausend amerikanischen Arbeitern zurückzuführen, welche die englischen Arbeiter in die Methoden der amerikanischen Waffenfabriken einführen sollten. Die englischen Arbeiter beklagen sich, daß die Amerikaner höher entlohnt werden. Die Konferenzen mit dem Londoner Exekutivkomitee der Trade Unions verliefen sehr stürmisch.

## Das russische Kriegsziel.

Paris, 4. März. (B. Z. B.) Die hiesige russische Sozialistenzeitung „Rakha Slomo“ meldet einiges über den Inhalt der geheimen Sitzung der Duma, in der Esajonow mit den Abgeordneten die Friedensbedingungen und die Möglichkeit innerer Reformen in Rußland erörterte. Esajonow erklärte, die Regierung wünsche nicht, irgend etwas von Deutschland abzutrennen, sie wünsche nur Galizien und die Dardanellen. — Die Abgeordneten, hauptsächlich die Stadetten, bestanden darauf, daß Rußland vor allem die Dardanellen erwerbe. — Was die

inneren Reformen anlangt, so erklärte Malafow, daß die Regierung keinerlei Konzessionen zu machen gedenke. Die Abgeordneten sprangen bei diesen Worten von ihren Stühlen auf, und es war nötig, die Sitzung zu unterbrechen. Nach der Pause verfuhr Goremykin beruhigende Erklärungen abzugeben. In der Gefellschaft und bei den Kadetten wird die Haltung Goremykins dahin gedeutet, daß er beabsichtige, zu dem Stolypinschen Kurse zurückzukehren.

## Sitzung des Kronrats in Athen.

Athen, 4. März. (B. Z. B.) Meldung der Agence d'Athènes. Auf einen vom König angenommenen Vorschlag des Ministerpräsidenten fand gestern nachmittag um 3 Uhr unter dem Vorsitz des Königs im Palais ein Kronrat statt, um über die innere Lage zu beraten. Anwesend waren die früheren Ministerpräsidenten Theotokis, Madromychalis, Dragoumis und Kallis, während Jaimi wegen Unwohlseins den Beratungen fernblieb. Der Ministerpräsident teilte Einzelheiten über verschiedene Auskünfte mit, gab Erklärungen ab und entwickelte seinen Standpunkt über die Richtlinien der Regierungspolitik. Die Mitglieder des Kronrates hielten es für nötig, auch das technische Urteil des Generalstabes zu hören. Aus diesem Anlaß erklärte der Ministerpräsident, daß er in seiner Eigenschaft als Kriegsminister dem König vorgeschlagen habe, daß General Doumanis gelegentlich des Jahrestages des Angriffs auf Janina wieder zur Aktivität berufen werde und die Stellung des Generalstabschefs übernehme; der König habe seinen Vorschlag angenommen.

Der Kronrat wird am Freitag wieder zusammentreten, um den Generalstabschef um technische Aufschlüsse zu ersuchen, welche notwendig sind, um sich eine Meinung über die Lage zu bilden.

## Unruhen in Lissabon.

Paris, 3. März. (B. Z. B.) Der „Temps“ läßt sich aus Lissabon melden: Die Stadt ist ruhig, jedoch ist in politischen Kreisen lebhaftes Erregung wegen des Regierungserlasses, durch den die Parlamentswahlen verschoben worden sind. Alfonso Costa soll eine Verständigung der Demokraten mit den Unionisten und Evolutionisten herbeiführen suchen, um durch den Zusammentritt des Parlaments, dessen Recht gemäß der Verfassung bereits erloschen ist, und das durch das neuzuwählende Parlament ersetzt werden soll, gegen die augenblickliche Diktator Opposition zu machen; Costa erklärt die Regierungsmassnahmen für den Befehl und der Verfassung widersprechend.

Lyon, 3. März. (B. Z. B.) Nach Blättermeldungen aus Madrid nimmt die royalistische Agitation in Portugal täglich zu; in den Straßen von Lissabon kommt es häufig zu Zusammenstößen der Polizei und des Militärs mit der Zivilbevölkerung. Man muß sich auf ernste Ereignisse gefaßt machen.

## Genehmigung eines japanischen Rüstungskredits.

Nürnberg, 4. März. (Z. N.) Der „Nürnberger Zeitung“ wird aus Kopenhagen gemeldet: Nach einer Meldung des „Nietsh“ aus Tokio nahm das japanische Oberhaus einstimmig eine Regierungsvorlage auf Genehmigung eines Rüstungskredits von 840 000 000 Yen an.

## Proteste gegen Japans Forderungen.

Nach einer Meldung der Pariser Ausgabe des „New York Herald“ will die Regierung der Vereinigten Staaten in Tokio gegen die japanischen Forderungen protestieren. Auch Frankreich werde die japanischen Forderungen nicht bewilligen. — Aus Peking wird gemeldet, daß die zwischen den chinesischen und japanischen Unterhändlern angeordneten Besprechungen am Sonntag wieder aufgenommen wurden. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da die Chinesen die Forderungen als in Widerspruch mit den Verträgen anderer Mächte stehend ansehen.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Die Verpackung von Feldpaketen.

Für die Verpackung der schweren Feldpakete haben die zuständigen militärischen Stellen unerwartete Erfahrungen gemacht. Das Kriegsministerium, die Paketdepots und die Generalquartiere sind darin einig, daß sich starke Pappkartons besser bewährt haben als dünne Holzstifte. Besonders bei der Verpackung der Wehrnachspakete hat sich dies gezeigt. Starke Pappkartons können deshalb auch ohne Umhüllung genommen werden. Doch ist eine Umhüllung mit festem Packpapier empfehlenswert. Schwache Pappkartons sind auf jeden Fall in Leinwand einzuhüllen. Wehrnachspakete müssen mit starkem, festem Papier umhüllt sein. Die Postanstalten, Eisenbahnstationen und Militärpaketdepots sind beauftragt, ungenügend verpackte Sendungen zurückzuweisen oder von der Weiterbeförderung auszuschließen.

## Letzte Nachrichten.

### Die Dardanellenfrage.

Petersburg, 4. März. (B. Z. B.) Cafe Joneski erklärte in einem Interview mit dem Vukaster Korrespondenten der „Nietsh“ über die Meerengenfrage: Tatsächlich würden es alle vorziehen, die Türken an ihrem Plak zu lassen. Wenn es aber den Türken nicht gelinge, die Meerenge zu schützen, so werde vielleicht die Diplomatie einen Weg für die Internationalisierung der Meerengen finden.

### Erhöhte Ausgabe von Staatschahscheinen in Frankreich.

Paris, 4. März. (B. Z. B.) Dem „Temps“ zufolge wird Finanzminister Ribot in der Sommer einen Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung des Ausgabebetrages der Staatschahscheine einbringen, der bisher auf dreieinhalb Milliarden festgesetzt war.

### Französisches Flugzeug abgestürzt.

Paris, 4. März. (B. Z. B.) Wie der „Temps“ berichtet, fing bei einem Nachfluge über Chalons sur Marne ein Militärflugzeug Feuer und stürzte in der Nähe von Chalons sur Marne ab. Beide Insassen wurden getötet.

### Schiffsbrand.

London, 4. März. (B. Z. B.) Nach einer Lloydmeldung aus Alicante geht der belgische Ozeandampfer „Tiflis“ in Flammen. Fünf Personen sind umgekommen, fünf andere sind verletzt.

# A. Wertheim

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

# Billige Lebensmittel

Sowelt Vorrat!

## Wurstwaren\*

Zerelat- und Salamiwurst	Pfund	2.20
Schinkenwurst	Pfund	1.80
Teewurst	Pfund	1.55
Bauernmettwurst	Pfund	1.55
Schinkenspeck	In Stücken von 1 1/2-4 Pfd., Pfd.	1.55
Magerer Speck	Pfund	1.45
Jagdwurst	Pfund	1.20
Landleberwurst	Pfund	1.10
Sardellenleberwurst	In kleinen Wurstn	
Trüffelwurst	Pfd.	1.40
Tomatenleberwurst		
Rotwurst	Pfund 80 Pfd.	1.10
Schinken	In Dosen, netto eingewogen, Gewicht 8-12 Pfund, Pfd.	1.90

## Fische\*

Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Stücken	Pfund	23 Pfd.
Schellfisch	Pfund	38 Pfd.
Merlan	Pfund	18 Pfd.
Heilbutt im Ausschnitt, Pfd.		70 Pfd.
Rotzungen	Pfund	55 Pfd.
Frische Plötzen	Pfund	28 Pfd.
Karpfen lebende Lausitzer	Pfund	75 u. 90 Pfd.
Lebende Schleie	Pfund	95 Pfd.
Lebende Hechte	Pfund	95 Pfd.
Stockfisch (Filetstücke)	Pfd.	75 Pfd.

## Räucherwaren\*

Kieler Bücklinge	2 Stück	10 Pfd.
Makrel-Bücklinge	2 St.	25 Pfd.
Goldfische	Stück	15 Pfd.
Ahlbecker Flundern	Pfd.	65 Pfd.
Ostsee-Sprotten	Pfund	40 Pfd.
Ostsee-Sprotten	Kiste, ca. 1 1/2 Pfd. Inh.	55 Pfd.
Ger. Aal	Pfd.	1.20 1.50 1.80
Hummerkrabben	Pfund	90 Pfd.

Freitag und Sonnabend

## Konserven

Freitag und Sonnabend

Stangenspargel extra stark	98 Pfd.	1.85
Stangenspargel stark	90 Pfd.	1.70
Stangenspargel mittel	85 Pfd.	1.60
Spargelköpfe grün	63 Pfd.	1.15
Riesen-Bruchspargel	88 Pfd.	1.65
Bruchspargel mittel		1.30
Bruchspargel dünn		50 Pfd.
Abschnittspargel		38 Pfd.
Kaiserschoten gebrünt		1.40
Kaiserschoten naturell		1.35
Junge Schoten sehr fein		1.10
Junge Schoten mittelfein		63 Pfd.
Junge Schoten		55 Pfd.
Junge Schoten mittel, mit Karotten		63 Pfd.
Grünkohl	1/2 Dose 1/2 Dose	32 Pfd.
Prinzebohnen gebrünt		1.30
Sellerie in Scheiben		52 Pfd.
Rote Rüben 10-Pfd.-Dose		1.25
Schmorgurken		75 Pfd.
Aepfel 1/4 Frucht		48 85 Pfd.
Erdbeeren leicht gezuckert		50 88 Pfd.
Weichselkirschen o. Steine		60 1.10
Melange la		1.10
Pfirsiche geschält		1.20
Pfirsiche la geschält		1.65
Aprikosen 1/4 Frucht		1 M.
Norweg. Sprotten in Tomaten	Dose	25 32 40 Pfd.
Norweg. Sprotten in Oel	Dose	55 Pfd.

Tee äußerst billig	Souchong-Melange	Pfund	2.40	2.80	3.20	3.60
	Ceylon	Pfund	3.60	Grustee	Pfund	2 M.

## Frisches Fleisch\*

Rinderzunge frisch, im 1 Ganz., Pfd.	1 M.
Filet unausgeschält	Pfund 90 Pfd.
Schmorfleisch m. Knochen	Pfund 80 Pfd.
Roastbeef mit Knochen	Pfund 75 Pfd.
Rinderbrust	Pfund 75 Pfd.
Rinderkamm	Pfund 70 Pfd.
Gehacktes	Pfund 65 Pfd.
Kalbskamm	Pfund 85 Pfd.
Kalbsbrust	Pfund 85 Pfd.
Kaninchen gefroren	Stück 70 bis 90 Pfd.

Matjes-Heringe	Stück	10 15 20 25 Pfd.
Grüne Heringe	Mandel	25 Pfd.

Die mit \* versehenen Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen

Sowelt Vorrat!

## Obst u. Gemüse\*

Blutapfelsinen Käfig circa 60 Stück	4.25
Kaliforn. Aepfel	Pfund 55 Pfd.
Schwarzwurzeln	2 Pfund 35 Pfd.
Traubenrosinen	Pfund 95 Pfd.
Blumenkohl Kopf	12 u. 18 Pfd.
Meerrettich	Stange 5 u. 10 Pfd.
Kohlrüben	Stück 10 u. 15 Pfd.
Mohrrüben	3 Pfund 25 Pfd.
Sellerie	Knolle 5 u. 7 Pfd.

## Geflügel\*

Suppen- u. Brathühner	
Stück	2.20 bis 3.90
Schneehühner	Pfund 1.25
Fasanen	Stück 2.40 u. 3.50

## Butter u. Käse\*

Tisch- und Tafelbutter	
Pfund	1.62 1.58
1/2-Pfund-Pakete	81 79 Pfd.
Limburger Käse	Pfund 68 Pfd.
Stangen-Limburger	Pfd. 75 Pfd.
Algäuer Alpenkäse	Pfd. 90 Pfd.
Brie vollfett	Pfund 95 Pfd.
Bienenhonig holländ.	Pfd. 80 Pfd.
Kunsthonig	Pfund 35 Pfd.

## Olympia-Bouillon-Würfel

Dose 10 20 30 100 St.	
35 Pfd. 70 Pfd. 1.65 3.25	

Verschied. Puddingpulver	Paket 25 Pfd.
--------------------------	---------------

Theater für Freitag, 5. März:

Berliner Theater 8 Uhr: Extrablätter!

Deutsches Künstler-Theater 7 1/2 U.: Egmont.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb. 8 Uhr: Die verkaufte Braut.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. 8 Uhr: Der Troubadour.

Gebr. Herrnfeld-Theater 8 Uhr: Familie Piaschek. Helbring contra Helbring.

Kleines Theater 8 Uhr: Der kategorische Imperativ

Komische Oper 8.10 U.: Gold gab ich für Eisen.

Komödienhaus 8 Uhr: Biedermeier.

Lessing-Theater 8 Uhr: 2 x 2 = 5.

Lustspielhaus 8 1/2 U.: Die Orientreise. Sonnt. 3 1/2 U.: O. Kinder d. Exzellenz

Metropol-Theater 8 Uhr: Woran wir denken!

Montis Operetten-Theater 8 Uhr: Der liebe Pepl.

National-Theater, Köpenicker Str. MIB Lillian, die schöne Amerikanerin.

Residenz-Theater 8 Uhr: Die Schöne vom Strand.

Rosa-Theater 8 Uhr: Berlin im Felde.

Schiller-Theater O. 8 Uhr: Des Meeres u. d. Liebe Wellen

Schiller-Th. Charlottenbg. 8 Uhr: Zopf und Schwerl.

Thalia-Theater 8 Uhr: Kam'rad Männe.

Theater am Nollendorfpl. 8 1/2 U.: Immer feste druff! Sonnt. 3 1/2 U.: Der Graf v. Luxemburg.

Theater des Westens 8 Uhr: Rund um die Liebe

Theater in der Königsgräber Straße 7 1/2 U.: Herodes und Mariamme.

Trianon-Theater 8 1/2 U.: Das Liebesnest.

Volksbühne-Theater am Bölowplatz 8 Uhr: Sönke Erichsen

Walhalla-Theater 8 Uhr: 1914.

URANIA Taubenstr. 48/49.

4 Uhr (Halbe Preise): Die Weichsel und die masur. Seen.

Abends 8 Uhr: Die Vogesen und ihre Kampfstätten.

Zirkus Alb. Schumann

Freitag, 5. März, Anf. 7 1/2 Uhr: Gala-Vorstellung

mit besonders gewähltem Programm.

U. a. Arthur Saxon-Trio mit ihrer lebenden Automobillbrücke.

4fache Fahrschule, geritten von Herrn Ernst Schumann.

4 Clacrons 4. Octavios Tiergruppe.

Um 9 1/2 Uhr: Um 9 1/2 Uhr: Ost und West

Großes patriotisch-Schausstück aus der Gegenwart in 4 Akten.

WINTERGARTEN

Fritzi Massary

Olga Desmond

sowie der neue März-Spielplan!

Kleine Preise!

Theater-Folies-Caprice

Possen-Theater Sprechstunde.

Ein angenehmer Herr. Martin Kettner a. G.

Casino-Theater.

Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.

Das neue dreiflächtige Volksstück:

Der Herr Kommerzienrat.

Dazu das erstklass. Spezialität.-Prog.

Westfälische Kriegsbilder usw. usw.

Sonnt. 4 U.: Durch Klippen u. Wellen.

Voigt-Theater.

Badstr. 58. Badstr. 58.

Heute Freitag, den 5. März 1915:

Gold und Liebe.

Schauspiel in 4 Akten und 5 Bildern

von Edmund Bräune u. Heinz Kläger.

Staffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig.

Grünen, Gardinen, Vorhänge, Steppdecken, Tischdecken, Diamentdecken, sehr billig.

Vormärtsleier 5 Prozenz Rabatt. Teppichhaus Bräun, Dodelcher Markt 4 (Bahnhof Börse). 24/4

Roulettschirme, nur wenig getragen, Paletots, Mäntel, Hüte, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft.

Die elegantesten Anzüge sind leihweise billig zu haben. Altbekannte Strama. Max Beth, Große Frankfurterstraße 88.

Einigungsstellen, Prüfungslehre, Paletots, Sportjacken, Trauerkleidung, schwarze Trauermäntel, Röde, Blusen, Kinderkleider direkt aus Arbeitsstunden spottbillig. Meyer, Blücherstraße 13, I. Etage. Sonntags geöffnet. 29854

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 spottbillig farblichere Teppiche, Gardinen, Vormärtsleier 5 Prozenz Extrarabatt. 108

Gertrudbilliger Seitenverkauf, Teppichverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Tischdecken, Wanduhren, Goldschalen, Taschenuhren, Festgeschenke, Pelzwaren, Kleiderauswahl, Jackettanzüge, Herrenhosen, Herrenpaletots, Damengarderoben, Pfandleihanstalt, Permannplatz 6.

Gardinen! Spottbillige Ausnahmepreise! Garnituren mit Lauerbehang: 3,85, 4,85, buntfarbige Glimmer-Garnituren: 5,50, 6,85, Schamgardinen, Fenster: 1,95, 2,65 usw. Borziesgardinen 1,45. Holle's Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserstr.). Vormärtsleier 10 Prozenz Rabatt! 268

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.

Zum Schluss: Weihnachtsabend im Schützengraben

Anfang 8 Uhr.

Mittelpersonen und deren Angehörigen vollkommen freier Zutritt zu den Stett. Sängern.

Reuters Werte

3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

Möbel.

Brette nur jetzt im Anzuge, nie wiederfindend: Englische Bettstelle 28, Ruhebett 24, englischer Ankleideschrank mit Badeschüssel und Facettenspiegel 88, dazwischen etwas kleiner 63 Mark, Badeschrank, Truemeau 30, Bettsofa, Kleiderschrank mit Verglasung 39, Sofa 36, großer Teppich, gute Qualität, schönes Muster 29, wundervolle, billige Schlafzimmer, herrliche, billige Wohnzimmer, Küche, Kleiderkasten 58, Schreibtisch 38, Ausziehtisch 16, Rohrstuhl 3,50, Badeschüssel 19, Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32.

Möbelfabrik. Komplette Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke. Geringste Anzahlung, bequemste Abzahlung. Kreditbüro, Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Bräunstraße, nahe Zimmertorbrücke.

Kriegsbilder. Südbühne Wohnungseinrichtung, herrliche Küche, alles noch neu, zusammen nur 225 Mark. Rosenbalerstraße 57, vorn III bei Glas. (Gewerblich.) Händler werden. 17/8

Billige Möbel, Kuchbaum-Süßholz 50, Truemeau, Kristallglas, extra groß 40, Bettsofa 12, Ausziehtisch 25, Zylinderbureau 35, Stuhl 2, Moquette 25-35, Bildergarnitur 30-75. Viele Wohnzimmer, hübsche Küchen sehr preiswert. Möbelhaus Dren, Gelegenheitskäufe, Unterbreitstraße 30.

Kaufgesuche.

Metalle, Gold, Platin höchstzahlend, Knappe, Neuföln, Hermannstraße 68. +100

Rudolf! Welling! Aluminium!

Ridel! Zinn, Zink, Blei, Quecksilber, Stanniolpapier, Platinabfälle, Jagdgebisse, Goldschalen, Silberabfälle, Höchstpreise! Metallschmelze Sohm, Brunnenstraße 25 und Neuföln, Berlinerstraße 76. 1/7

Platin, Goldschalen, Silberabfälle, Jagdgebisse, Stanniol 2, Quecksilber, Glühstrumpfahse, Kunstsilber, Auguststraße 19. 246/12

Radradantau, Prenzlauerstraße 27.

Platinabfälle, Jagdgebisse bis 50,00, Goldschalen, Silberabfälle, Stanniolpapier, Metalltreffer, Quecksilber, Kupfer, Zinn, Zink, Aluminium, Zinn, Blei, jetzt Höchstpreise! Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31, Telephon. 79\*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gütshinerstraße 16.

Hebamme Deh, Königstraße 10, Nähe Alexanderplatz. Untersuchung 2 Mark. Norden 5287. +82

Märzgebilde! Frau Kobell, Köpenick, Ullrichsstraße 1, nächst Klosterpark, Leimböschung, vier Wandtische, vier Tischentwürfe 0,10, Lieferung, Abholung Montag. 12185

Vermietungen.

Wohnungen. Charlottenstraße 87 keine Wohnungen sofort billig. 6875\*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Daffelbach, Neuföln, Riemerstraße 10.

Stellenangebote.

Einfahrer, tüchtigen, sucht sofort Automobil-Betriebs-Akten-Gesellschaft, Berlin N., Bernstraße 31. \*

Januarsteller, geübte, suchen Wolf u. Friedrich, Friedrichshagen.

Stempelführer, nur perfekt, gesucht. Krebs, Blumenstraße 93. b

Geniermacher und Lehrlinge verlangt. Beilstraße 17/18. 12165

Blusenmacher, aufrichtiger, verlangt. Rosenbalerstraße 68. 12176

Feinbearbeitung, geübte, geübte Arbeiterin, muß Schulnoten erhalten. Vorma, Alacertstraße 87.

Für die Küche unseres Erfrischungsraumes

suchen wir zum sofortigen Antritt eine tüchtige kalte Mamsell

und eine tücht. Ahwaschfrau.

Meldungen 9-12 Uhr vormittags in der Personalverwaltung.

A. Jandorf & Co., Belle-Alliancestr. 1/2.

Tornisterarbeiter

auf Militärornister (Kleiderarbeiter, Deckelarbeiten) werden sofort eingestellt.

E. E. Lehmann

Militärornister-Fabrik, Wilhelmstr. 40a. 18/9

Arbeitsburden über 16 Jahre sofort verlangt

Berliner Präzisions-Werkstätten, Genthiner Str. 3. 18/10

Frauen, die schon an Re- gearbeitet haben, für dauernde Beschäftigung gesucht.

Berliner Präzisions-Werkstätten, Genthiner Str. 3.

Mieter,

geübte, auf Militärornister eingestellt, werden sofort eingestellt.

E. F. Lehmann, Militärornister-Fabrik, Wilhelmstraße 10a.

Sattler

auf Federtreibern bei hohem Lohn gesucht.

Siegfried Reiche jun., Köpenicker Str. 127.

Abgeordnetenhaus.

105. Sitzung, Donnerstag, den 4. März, 1 1/2 Uhr nachmittags.

Am Ministertisch: Bessler.

Der Gesandtschaftsbericht über die Niederlegung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer wird in dritter Lesung endgültig angenommen.

Zweite Lesung des Justizetats.

Justizminister Bessler:

Die Justizverwaltung ist stolz darauf, daß eine so große Zahl ihrer Beamten freiwillig in den Krieg gezogen ist. Die dadurch entstandenen Vakanzstellen konnten mit Aushilfekräften voll besetzt werden. Solange die Rufen in Ostpreußen standen, wurden die dortigen Justizbeamten an anderen Orten verwendet. Wenn auch manchmal die Ausfüllung der Stellen schwerer war, so ist doch irgend ein Vorstand nicht zu verzeichnen gewesen. Viele offene Stellen haben wir nicht besetzt, um sie für die aus dem Krieg heimkehrenden Beamten freizubehalten, damit diese Beamten keinen Nachteil erleiden, wenn sie heimkehren. Trotz der Verminderung der Zahl der Beamten werden sie nicht überlastet. Im übrigen ist es in dieser Zeit auch kein Fehler, wenn die Beamten einmal etwas mehr arbeiten. (Sehr richtig!) Die Justizverwaltung hat jedenfalls ihre volle Schuldigkeit getan.

Abg. v. Pappenheim (L.) erklärt kurz, daß nach der eingehenden Kommissionsberatung und den Ausführungen des Ministers die großen Parteien keinen Anlaß zu weiterer Besprechung hätten.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Fortschrittler angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) (zur Geschäftsordnung):

Ich habe das Bedürfnis, heute zur Sprache zu bringen das Verfahren, das meiner Freundin Rosa Luxemburg (lautes Lachen rechts) gegenüber die Justizverwaltung anzuschlagen sich bemüht gefühlt hat, und das zeigt, daß die Justiz auch in der heutigen Zeit von eminent politischen Gesichtspunkten... (Stöße des Präsidenten.)

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwis:

Sie dürfen jetzt sachliche Ausführungen nicht mehr machen, ich bitte, sich streng an die Geschäftsordnung zu halten.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) (fortfahrend):

Ich bedauere auf das Verhaftete, daß ich nicht in der Lage bin, diesem Verfahren die erforderliche Kennzeichnung vor aller Öffentlichkeit angeben zu lassen.

Der Justizetat wird bewilligt, es folgt

der Ansiedlungsetat.

Landwirtschaftsminister Dr. Frhr. v. Schorlemer

teilt auf einen Wunsch aus der Budgetkommission mit, daß nach dem Ergebnis der Bestandaufnahme vom 1. v. M. die Brot- und Mehlration von 25 Gramm täglich pro Kopf hätte beibehalten werden können, daß aber mit Rücksicht auf eine für alle Fälle erforderliche Reserve die Ration auf 200 Gramm herabgesetzt wird. Es handelt sich aber dabei um 200 Gramm Weizen, was bei dem Jahresverbrauch von 10 Proz. Kartoffeln und dem, was beim Verbrauch an Mehl und Feuchtmittel hinzukommt, in Wirklichkeit 205 Gramm Brot bedeutet. Derjenige, der in Berlin bisher auf Grund seiner Brotkarte die Ration erhoben hat, würde sich an sich nicht verfahren, sondern sogar verbessern, wenn Berlin in der Lage ist, das Quantum von 200 Gramm Mehl weiter zu führen zu können. Die Herabsetzung begründet also keinerlei besondere Besorgnis und auf der anderen Seite hat die Bestandaufnahme festgestellt, daß das im deutschen Vaterlande vorhandene Brotgetreide bei der jetzigen Einschränkung die unbedingte Sicherheit gibt, daß wir durchkommen und voraussichtlich auch noch etwas von der zurückgelegten Reserve erübrigen. (Bravo!)

Der Etat der Ansiedlungskommission wird bewilligt. — Da die Budgetkommission morgen vormittag ein Gefangenenerlager besichtigt, findet die nächste Sitzung statt: morgen, Freitag, nachmittags 3 Uhr: Eisenbahnetat. — Schluß 3 Uhr.

Die Sozialdemokratie Rußlands über die Aufgaben der Gegenwart.

Die Genossen V. Axelrod und S. Semjowsky haben im Namen des Ausländischen Sekretariats des Organisationskomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands an das Internationale Sozialistische Bureau im Haag ein Schreiben gerichtet, das eine gute Ergänzung zu den bisherigen offiziellen Publikationen der russischen Parteiführer über die durch den Krieg herausgeworfenen Fragen bildet. Wir geben nachstehend das Wesentliche aus diesem Schreiben wieder:

„Sowohl die Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma, in der sie die Nichtbewilligung des Kriegskredits motivierte, wie die früher veröffentlichte Erklärung des Zentralkomitees der Leninischen Richtung und der Bericht des Organisationskomitees legen Zeugnis ab, daß alle verantwortlichen leitenden Zentralinstitutionen unserer Partei, im Einklang mit den in den Parteioptionen und unter den klugenbewußten Arbeitern vorherrschenden Meinungen und Stimmungen, einer Abschwärzung in der Richtung zum sog. Burgfrieden feindlich gegenüberstehen; sie sind vielmehr der alten Taktik des Internationalismus und der selbständigen Aufgaben des internationalen Proletariats in dem Weltkrieg treu geblieben.“

Den Bericht des Organisationskomitees glauben wir durch einige Mitteilungen über die in unserer Emigration zu Tage getretenen Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Haltung dem Krieg gegenüber, ergänzen zu müssen. In der Emigration sind unsere sämtlichen Parteiströmungen durch wohlbekanntes Schriftsteller und Führer vertreten, die ihre und ihrer Gefinnungsgenossen Ansichten in Vorträgen und in der ausländischen Presse — in der russischen und nichtrussischen — zum Ausdruck brachten.

Das erste Organ, das nach dem Kriegsbeginn in russischer Sprache im Auslande zu erscheinen begann, war das Pariser Tageblatt „Golos“, das kürzlich von den französischen Behörden unter dem direkten Druck der russischen Votschaft stilliert worden ist. Die Mitarbeiterliste dieses Organs, das aus privater Initiative entstanden war, vereinigte Parteischriftsteller sowohl unserer Richtung (des „Augustbundes“), als auch anderer Richtungen, hauptsächlich aus der Mitte jener Gruppen, deren Vertreter auf der von dem Internationalen Bureau einberufenen Brüsseler Konferenz (im Juli 1914) für die Einigungsplattform gestimmt haben. Die große Bedeutung dieses Organs bestand darin, daß es von Anfang an seine Aufmerksamkeit auf die Aufdeckung des imperialistischen Charakters des Krieges, und insbesondere auf die Demaskierung der zaristischen Politik, wie auch auf den Kampf mit dem Chauvinismus und Nationalismus, die in den sozialistischen Reihen Platz gegriffen haben, konzentrierte. Als die nächste Kampfeslösung, um die das Proletariat seine Kräfte an der Schwelle der neuen, sich vorbereitenden Epoche, wieder zusammenschließen konnte, propagierte der „Golos“ den Kampf um den Frieden.

Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß die erdrückende Mehrheit der russischen Sozialdemokraten im Auslande sich auf diesen entschiedenen internationalen Standpunkt gestellt hat. Neben dem „Golos“ nahm auch das in Genf neuerschickene Zentralorgan der Leninischen Richtung „Sozialdemokrat“ mit aller Entschiedenheit den internationalen Standpunkt ein, daß die Aufgabe der Sozialdemokratie des gegebenen Landes in erster Linie in dem Kampfe mit dem Chauvinismus seines Landes besteht, und führte konsequent diese Linie durch. Und nur innerhalb dieser gemeinsamen internationalen Position machten sich manche Tendenzen geltend, die wir in unserem Berichte nicht unerwähnt lassen können.

Der „Sozialdemokrat“ steht die Hauptursache der Krise der sozialistischen Internationale im „Berrat“ und „Opportunismus“ der Führer. Aus dieser Konzeption (die die Frage der die

\*) Jetzt wird in Paris das sozialdemokratische Tageblatt „Kassche Slowo“ (Unser Wort) herausgegeben. D. Red.

Rassen bewegenden Kräfte gänzlich beiseite und die Tatsache außer acht läßt, daß in einer ganzen Reihe von Ländern nicht nur die „opportunistischen“, sondern die „radikalen“ Gruppen vom Nationalismus mitgerissen wurden) wird der Schluß gezogen, daß der einzige Weg zur Wiederherstellung der Internationalen die Spaltung der Arbeiterpartei in jedem betreffenden Lande sei. Nicht von der Spaltung, als von einer traurigen, unerwünschten, aber möglicherweise eintretenden Folge innerer Parteikämpfe ist hier die Rede — sondern die Spaltung wird hier als eine unentbehrliche Vorbedingung der Wiedergeburt und Gesundung der Internationale, als eine notwendige Lösung in diesen Kämpfen in den Vordergrund gerückt. ... Die allgemeine internationale Lösung „keine Siege, keine Niederlagen“ (was der Forderung des Friedens ohne gewaltsame Annexionen entspricht), wird vom „Sozialdemokrat“ ... durch den Hinweis darauf ergänzt, daß die Niederlage der zarischen Monarchie und ihrer Truppen das kleinere Übel wäre. Diese Gruppe vertritt zugleich im Gegensatz zu dem von allen nationalen Teilen der Sozialdemokratie Rußlands anerkannten Programm der Demokratisierung Rußlands und der Lösung der nationalen Frage im Rahmen des Reiches selbst, die Losrennung der Ukraine, Polens usw., was zu der Ausscheidung „Großrußlands“ als des nationalen Staates des großrussischen Volkes führen solle, wobei der Macht der ökonomischen Zusammengehörigkeit keine Rechnung getragen wird. Wie aus Rußland mitgeteilt wurde, finden diese Tendenzen keineswegs die allgemeine Anerkennung der verantwortlichen Vertreter der Leninischen Richtung in Rußland selbst.

Einen besonderen Standpunkt in der Frage der Haltung zum Krieg nahm Gen. Plechanow ein. Dieser Standpunkt entspricht fast völlig der Stellung der französischen und eines Teiles der englischen Sozialisten. Gen. Plechanow ergänzt diese Konzeption durch den Hinweis auf die Interessen der Befreiungsbewegung in Rußland, die angeblich auch den Sieg der Tripelentente erfordern. ... In dem er weiter die Niederlage Rußlands für unerwünscht hält, weil die Niederlage Rußlands im gegenwärtigen Krieg für seine weitere ökonomische Entwicklung schädlich sein würde, da „das Wesen der imperialistischen Politik ... darin besteht, daß das siegende Volk das besiegte zum Objekt ökonomischer Ausbeutung macht“ — wendet Gen. Plechanow denselben Gedankengang auf den ganz analogen Fall der Zertrümmerung Deutschlands nicht an. Wir wollen schon nicht von der Irrtümlichkeit der Auffassung selbst sprechen, die die ökonomische Entwicklung Rußlands, deren größtes Hindernis die soziale und politische Herrschaft der Reaktionen im Lande selbst ist, von einem äußeren militärischen Siege abhängig macht.

Die vom Gen. Plechanow (wie auch von dem bekannten Theoretiker der Agrarfrage Gen. Kahlow u. a.) entwickelten Gedanken haben in Rußland nur wenige Anhänger in den Reihen aller Richtungen unserer Partei gefunden. ...

Wie wir bereits hingewiesen haben, erachtet es die große Mehrheit der Sozialdemokraten aller Richtungen unserer Partei, in Rußland wie im Auslande, für unmöglich, im Interesse des Proletariats den Sieg der einen oder der anderen Gruppe der imperialistischen Mächte anzustreben. Und wie der Bericht des Organisationskomitees hervorhebt, herrscht in unseren Reihen in Rußland Einstimmigkeit auch darin, daß der Kampf gegen das Regime der Konterrevolution ohne Unterbrechung weiter fortgeführt werden muß.

Schweine-Gefrierfleisch.

Von einem Fachmanne wird uns geschrieben:

Sachverständige empfehlen seit einiger Zeit, das Fleisch, das durch die Rassenerschlagungen jetzt im Ueberfluß erzeugt wird, in den Kühlhäusern gefrieren zu lassen, damit eine bessere Verwendung in den Zeiten der Fleischnot erfolgen kann. Es würde dadurch eine rationellere Verwendung der Fleischvorräte möglich sein und vor allem würde die Gefahr verringert, daß die heute so eilig hergestellten Dauerfleischwaren im Sommer verderben. Die Fachleute sind sich heute allgemein darüber einig, daß ungeheure Massen der aufgestapelten Fleischvorräte zweifellos dem Verderben ausgesetzt werden, weil viele Städte große Vorräte aufgekauft

Von der Kampffront in Rußland.

... den 27. Februar 1915.

Die Schwierigkeiten, die sich bei einem so stürmischen Vormarsch, wie ihn die Armeen Hindenburgs aus Ostpreußen nach Rußland durchgeführt hat, den Soldaten entgegenkamen, erscheinen von allen Truppen suchbare Strapazen, sind mit Leiden und Entbehrungen mannigfacher Art verbunden. Um die Hindernisse, die das Terrain und russische Zustände der Artillerie entgegenstellen, zu besiegen, war man oft gezwungen, Geschütze und Munitionswagen mit doppelter Bespannung zu versehen. Manchmal waren Truppen gezwungen, 50 Kilometer im Schneesturm zu marschieren und dann noch, ohne Rast, ohne Ruhe, stürmend vorzugehen, andere lagen 10 Stunden im Schnee unter feindlichem Feuer. Besonders hartnäckigen Widerstand leisteten die Sibirier. Sie sollen selbst unter mörderischem deutschen Feuer angreifend vorgegangen sein. Es sind Soldaten, die siegen wollten, trotzdem ist nun wohl der größte Teil der sibirischen Truppen, soweit sie nicht vernichtet worden sind, in deutsche Gefangenenslatten geraten. Damit geht den übrigen russischen Truppen ein großer moralischer Haß verloren. Viele wollen nicht mehr kämpfen und warten auf die Gelegenheit, sich gefangennehmen lassen zu können. Das bekämpfte mir mancher der Gefangenen. „Wir wissen nicht, wofür wir uns sollen todschießen lassen“, sagten sie. Das werden viele nicht wissen. Sie kämpfen, weil sie müssen. — Unter den erwähnten Schwierigkeiten ist bisher die Lebensmittelzufuhr, sowie auch der Transport von Wundeter und Kranker. In den ersten Tagen konnten die Lazarette den vorwärtsstürmenden Truppen nicht schnell genug folgen. Man mußte froh sein, die Schwerverletzten nahe hinter der Front versorgen zu können. Die Leichtverwundeten und nicht schwer Erkrankten mußten bis zur nächsten deutschen Eisenbahnstation marschieren. In Goldap, an dem vollständig zerstörten Stationsgebäude, traf ich mehrere Hunderte von Verletzten, die tagelang bis nach hier marschieren mußten. Die Leute waren glücklich, als sie vom roten Kreuz mit warmem Kaffee und belegtem Brot bewirtet wurden und dann auf der Bahn ihre Reise fortsetzen konnten. Noch nie land ich so dankbare Abnehmer für die mir von einem Berliner Genossen zugestellten Liebesgaben wie bei diesen Verwundeten. Ein junger Genosse aus Hannover legte das Paletten so zärtlich in seinen Arm, wie eine Mutter ihr krankes Kind. Ein anderer Verwundeter, dem der linke Arm zerhackt worden war, sagte, als er sich eine Zigarette angezündet hatte: „So, nun spüre ich weder Schmerzen noch Hunger.“

Nun sind die schlimmsten Schwierigkeiten für die Transporte überwunden. Die Russen hatten eine Eisenbahn von Mergelabowa über Ralski nach Suwalki bereits fertiggestellt. Die Deutschen

vollendeten das Werk und jetzt fahren deutsche Züge bis zur Endstation. Auf dieser Strecke liegen die Russen einen großen Wagenpark, viel Munition und sonstiges Kriegsmaterial zurück. Hunderte von Wagen liegen zerstreut neben den Gleisen. Eine Reihe von großen schweren Berolienwagen hat man durch das Zersprengen einer Achse unbrauchbar gemacht. Auch sah ich in Rußland an der Eisenbahn und neben den Fahrstrassen viele verbrannte und auseinandergeprengte Automobile. Die zurückgehenden Truppen vernichten und zerstören alles, was sie nicht fortbringen können, für die nachfolgenden Feinde aber von Vorteil sein könnte, wenn es in ihre Hände fiel.

In einem vollgepackten Militärzug fuhr ich von Goldap über Mergelabowa bis kurz vor Ralski. Dann ging's nicht weiter. Man war mit dem Freiwerden der Strecke noch nicht fertig. Sobald ich in Rußland war, hatte ich gleich wieder den auffälligen Gegensatz zwischen haben und drüben greifbar deutlich vor Augen. Ich meine nicht den allgemeinen in der verschiedenen Kultur begründeten Gegensatz: In Deutschland größere Ordnung und Sauberkeit, weniger Rücksichtslosigkeit in der ganzen Psychonomie der Ortschaften, ich denke hier an die Begleiterscheinungen des Krieges. In Deutschland arge Verwüstungen, in Rußland kaum Spuren von Zerstörungen. Goldap und Mergelabowa beim letzten Einbruch der Russen noch fast unberührt, sind nun auch große Trümmerhaufen. Viele der schönsten Häuser hat das Feuer bis auf einige Mauerreste zerstört. Und ein großer Teil des beweglichen Gutes ist verschwunden. Vor den Schreden der einbrechenden Russen flohen die Einwohner, von denen, die zurückblieben, wurden viele nach Rußland verschleppt. So machen Russen Deutsche zu Gefangenen!

Nach der ersten Vertreibung der Russen aus Ostpreußen hörte man aus verschiedenen Orten und von einzelnen Truppen, daß sie sich gut und anständig benommen hätten, diesmal vernahm ich keine Stimme solchen Lobes. Vor den einziehenden Deutschen flohen wenige Russen, die Zurückgebliebenen gehen vielfach ungestört ihrer Beschäftigung nach. Es müßten einzelne Hebergriffe vorkommen, aber im allgemeinen vergeissen sich die deutschen Soldaten nicht an dem Eigentum der Russen, verwißten es nicht aus reiner Zerstörungswut. Das sind Wahrnehmungen, die ich in den Orten machte, wo ich mich einige Zeit aufhielt und bei Einwohnern Erkundigungen einziehen konnte. In Ralski tobte ein Straßenkampf, drei Einwohner wurden dabei erschossen, trotzdem sah ich hier nicht solche Verwüstungen wie in Deutschland, keine rauchenden Trümmerhaufen, die Einwohner suchen die Gelegenheit nach Möglichkeit geschäftlich auszunutzen, fast jeder hat irgend etwas zu verkaufen, was die Soldaten vielleicht gebrauchen könnten. Im übrigen ist man zurückhaltend, nur dem Wunsch nach schneller Beendigung des Krieges gibt jeder rückhaltlos Ausdruck. Einige Leute meinten, wenn der Frühling komme, werde man vielleicht vor ausbrechenden Seuchen flüchten müssen. Ich hörte noch

Spuren politischer Organisation; nichts davon war zu entdecken. Seit der Konterrevolution sei alles zertrübt. Ein Jude meinte, nur noch in der Duma gäbe es sechs Sozialdemokraten, alle anderen seien nach Sibirien verbannt worden. Den Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund kannte man nur dem Namen nach, obwohl es hier eine Anzahl jüdischer Handwerker gibt. Der Druck des zaristischen Regiments lastet sichtlich schwer auf dem Volke. Der „Dund“ ist die älteste planmäßige Arbeiterorganisation. Nach Sonja Rabnowitsch entstanden „Chewras“ (Bereine) jüdischer Handwerker im 18. Jahrhundert. Die Vereine sollten die Interessen der Juden gegen die polnischen Jüdische verteidigen, doch waren sie mehr ein Anhängel der Synagogen und pflegten vorwiegend das Unterhaltungsleben. Anfang der 90er Jahre warfen sie den phylanthropischen Mantel ab; unter dem Einfluß der von Wilna ausgehenden politischen Strömung betreten sie die Bahn wirtschaftlicher Kämpfe. Eine 1902 neu gegründete „Chewra“ stellte sich als Aufgabe die Erlämpfung besserer Wohnbedingungen. Aber immer noch gingen diese Vereine neben der politischen Bewegung einher, traten zu ihr manchmal in Gegensatz. Darum gründeten die jüdischen Sozialisten eigene lokale Gewerkschaften, die sich später im Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund zusammenschlossen. Schon vorher, 1906, forderte man in Versammlungen am 1. Mai das „Brot, Versammlung- und Streikrecht“. 1903 zählte der Bund bereits 30 000 Mitglieder. In den Jahren 1901 bis 1903 hatte er 172 Streiks angeleitet. Dem Bund gehören fast ausschließlich Handwerker an, aus solchen, nicht aus Fabrikarbeitern, wie im eigentlichen Rußland und in anderen Ländern, setzt sich das jüdische Proletariat im Reiche des Zaren zusammen. Sonja Rabnowitsch bemerkt dazu: „Der Bund hat seine theoretischen Prinzipien hauptsächlich der deutschen Sozialdemokratie entnommen, doch mußte er seine Taktik den jüdischen Verhältnissen anpassen. Die Organisation der jüdischen Arbeiter wird durch zwei Bedingungen erschwert: 1. dadurch, daß die Juden auf den Ansiedlungsstationen angewiesen sind und ihr Verdienstsgebiet sich so ipso nicht erweitern kann; 2. dadurch, daß die Juden fast nur in jüdischen Fabriken (auch nicht überall) aufgenommen werden und die Zahl dieser im Ansiedlungsstation auch nicht beschränkt ist.“

Das Fehlen von Fabriken in diesem Gebiet mag es erklären, daß die Organisation hier noch keine festen Wurzeln schlagen konnte. Die Gegenrevolution hat wohl an einzelnen Orten den Namen der Organisation zerstört, nicht aber auch den lebendigen Geist getötet. Wohl inebelt ihn die Furcht vor der russischen Kräfte, wohl duckt sich das Proletariat unter dem furchtbaren Druck der wilden brutalen Reaktion, aber die Stunde kommt doch, in der des Zaren harter Despotismus modernen Ideen und Einrichtungen weichen muß. Ein Sieg Rußlands in diesem Krieg würde nach meinem Dafürhalten diese Stunde weiter hinausschieben. D. u. e. l., Kriegsberichterstatter.

haben, ohne die erforderlichen Kühlräume zu besitzen. Die Bundesratsverordnung geht darin zu weit, wenn sie schon den Gemeinden von 5000 Einwohnern an die Pflicht zuschiebt, sich mit Dauerwaren zu versorgen. In solchen kleinen Orten fehlt zumeist alles, was zu einer längeren Aufbewahrung von Fleischwaren erforderlich ist. Dazu kommt noch, daß die Städte die Dauerfleischwaren nicht selbst herstellen können, also auf die Fleischermeister, Wurstfabrikanten und Engroschlächter angewiesen sind, von denen sie die Waren kaufen. Bei einer solch glänzenden Konjunktur wollen die Produzenten naturgemäß nicht zu wenig verdienen. Es kommt ihnen vor allem darauf an, schnell zu liefern, um wenig Verluste durch Räuchern und Eintrocknen der Waren zu haben. Vielfach drängen auch die Stadtverwaltungen die Lieferanten zu einer nicht zu verstehenden Eile, was oft den Eindruck hinterläßt, als fürchten viele Stadtverwaltungen, das beschlossene Quantum nicht einzudecken zu können, oder auch, daß sie aus Ehrgeiz zuerst die Vorräte herein haben wollen.

Dauerfleischwaren, die bestimmt sind, über den Sommer hinaus frisch und gut zu erhalten, erfordern aber eine gewisse Zeit zum Räuchern und zur Fertigstellung; jede Ueberereilung kann sich schwer rächen. Deshalb ist man sich in Fachkreisen nicht im Zweifel, daß es bei den Stadtverwaltungen im Sommer viel verdorbenes Fleisch geben wird, und daß demgemäß der volkswirtschaftliche Schaden groß sein muß. So planlos ist selten eine große volkswirtschaftliche Aktion unternommen worden wie diese Fleischversorgung. Zunächst forderte man die Haushaltungsvorstände auf, sich mit Dauerwaren zu versorgen, was einen Sturm auf die Fleischläden hervorrief. Infolge der Verlesung durch die Presse wird das Publikum zumeist so verständlich gewesen sein und die gekauften Waren verzehrt haben, ehe sie verderben. Dann kam die Aufforderung an die Städte, sich mit Dauerwaren zu versorgen, ohne aber das Wichtigste und Notwendigste zu veranlassen, nämlich: Höchstpreise für Vieh und Fleisch festzusetzen. Diese Aufforderung führte auf dem Breitsmarkt eine solche Ueberstürzung herbei, daß die Preise buchstäblich um 80 bis 100 Proz. stiegen.

Im Interesse der Allgemeinheit ist es zu begrüßen, daß die Nahrungsgesellschaft in Hamburg erneut daran erinnert, daß das Eingefrieren der Fleischvorräte am zweckentsprechendsten sei und zugleich eine Anweisung zur Behandlung und Lagerung von Schweinefleisch herausgibt. Es wird in dieser Anweisung gefordert, daß die Aufzucht für halbe Schweine 30—38 Stunden beträgt und der Transport in gefrorenem Zustande in geschlossenen Wagen ohne Eisführung allerdings nur nach solchen Orten zu empfehlen ist, die im Besitz einer Aufstauvorrichtung sind. Jedoch kann auch der Versand von aufgetautem Schweinefleisch durch die Bahn ohne Schaden für das Fleisch vollzogen werden, allerdings in hängendem Zustande; immerhin können 400 halbe Schweine in einem Wagen verladen werden. Zweifellos wäre es sehr empfehlenswert, das Einfrieren der Fleischvorräte vorzunehmen, um dann auch frisches Fleisch in der Zeit der Fleischknappheit zu haben. Fleisch in nur geräuchertem Zustande dürfte das Publikum überdies bald überdrüssig werden. Zu beachten sei auch, daß in den Großstädten das Fleisch eingefroren werden kann, um es später nach der Provinz weiter befördern zu können, ohne der Gefahr des Verderbens ausgesetzt zu sein. — Noch ist es Zeit, einen Teil der noch abzuschlachtenen Tiere auf diese Weise zu konservieren. Der Volksernährung würde ein guter Dienst geleistet.

## Politische Uebersicht.

### Mundtotmachung.

An hinter uns liegende Zeiten erinnerte die Donnerstagstagung des Abgeordnetenhauses. Auf der Tagesordnung stand der Etat der Justizverwaltung, zu dem sich u. a. Genosse Liebknecht als Redner gemeldet hatte. Die bürgerlichen Parteien hatten sich dahin verständigt, Liebknecht auf keinen Fall zu Worte kommen zu lassen. Um aber jeden Schein zu vermeiden, als ob es sich um ein Vorgehen gegen die Sozialdemokratie handle, ließen sich vor ihm noch einige andere Redner der verschiedensten Fraktionen in die Liste eintragen; auch ihnen wurde durch den konservativen Schlussantrag das Wort abgeschnitten. Der Unterschied ist nur der, daß sie damit einverstanden waren, so daß ihnen in Wirklichkeit kein Unrecht geschehen ist, während Genosse Liebknecht als einziger von allen die ernste Absicht hatte, zu reden. Es blieb ihm nur die Möglichkeit, in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung festzustellen, daß er verhindert wurde, die Behandlung der Genossin Rosa Luxemburg vor dem Lande zu kritisieren.

Nach Erledigung des Justizetats bewilligte das Haus gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten den Etat der Ansiedlungskommission, nachdem der Landwirtschaftsminister einige beruhigende Bemerkungen über unsere Getreidevorräte gemacht hatte.

Freitag: Etat der Eisenbahnverwaltung.

### Wieder ein Zeitungsverbot.

Auf Befehl des stellvertretenden Generalkommandos des 4. Armeekorps wurde die „Magdeburger Volksstimme“ auf drei Tage verboten. Als Grund wird in der polizeilichen Verfügung angegeben, daß in der Nr. 49 der „Volksstimme“ vom 27. Februar beleidigende Angriffe gegen Staatsbehörden enthalten seien.

Die Verfügung lautet:

Der Polizei-Präsident Magdeburg, 3. März 1915.

Nr. 49 der „Volksstimme“ vom 27. Februar 1915 enthält beleidigende Angriffe gegen Staatsbehörden.

Es wird hierdurch das Erscheinen der „Volksstimme“ mit Wirkung vom 3. d. Mts. auf drei Tage (bis einschließlich 5. d. Mts. abends) verboten.

Auf Befehl des königlichen stellvertretenden Generalkommandos wird der Schriftleitung und Expedition vorstehendes hierdurch eröffnet.

An (gez.) Aiten.  
die Expedition der „Volksstimme“ hier.

### Unter Präventivzensur.

Die „Freie Volkszeitung“ in Göttingen wurde auf die Dauer von acht Tagen unter Präventivzensur gestellt, weil sie an den Lohndverhältnissen in solchen Textilbetrieben Kritik geübt hatte, die mit Militärlieferungen beschäftigt sind.

### Die Danziger „Volkswacht“ wieder freigegeben.

Ueber die Freigabe der Danziger „Volkswacht“, die am 23. Januar auf unbestimmte Zeit verboten wurde, sondern zwischen dem Verlag und der Zensurbehörde mehrtägige Verhandlungen statt. Auch der Parteivorstand bemühte sich um Aufhebung des Verbots. Am 2. März ging dem Verlag folgende Verfügung zu:

Danzig, den 28. Februar 1915.

Kommandantur von Danzig.

Nr. 1b D. V. Nr. 3921 Nr.

An den Verlag der „Volkswacht“ hier.

Auf Grund der von der „Volkswacht“ unter dem 25. 2. 15 mir abgegebenen Erklärungen habe ich hiermit mein am 22. 1. 15 erlassenes Verbot des Erscheinens der Zeitung auf.

Ich weise bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hin, daß es sich zur Vermeidung eines Einschreitens der Zensurbehörde empfiehlt, alle Artikel — nicht bloß solche militärischen Inhalts —, hinsichtlich deren Zulässigkeit irgend ein Bedenken oder Zweifel obwaltet, vor der Drucklegung mir vorzulegen.

Schließlich ersuche ich, in den mir vorgelegten Zeitungen diejenigen Artikel, die bereits anderwärts erschienen sind, unter Angabe der Quelle zu bezeichnen.

Der Kommandant  
v. Baerenfels, Generalleutnant.

Vom kommenden Sonnabend ab erscheint die „Volkswacht“ wieder.

### Verbot der Elberfelder „Freien Presse“.

Nachdem vor einigen Tagen unser Elberfelder Parteiorgan, die „Freie Presse“, wegen ihrer Kritik der Bundesratsbeschlüsse zur Erhöhung der Höchstpreise für Kartoffeln unter Präventivzensur gestellt wurde, ist sie am Mittwoch vom Generalkommando in Münster auf drei Tage verboten worden, weil sie die Verfügung des Kommandanten abgedruckt und daran die Bemerkung geknüpft hatte, sie erwarte von ihren Lesern, daß sie „die Lage des Blattes zu würdigen wüßten, welches energisch für ihre wie der gesamten arbeitenden Bevölkerung Interessen eingetreten“ sei. Das Verbot hat folgenden Wortlaut:

An die Redaktion der „Freien Presse“, Elberfeld.

In Ihrer Nummer 47 vom 25. Februar haben Sie mein am 9. Februar an Sie ergangenes Schreiben, die Verhängung der Zensur betreffend, zum Abdruck gebracht und Ihre leichten Bemerkungen daran geknüpft, in denen es unter anderem heißt: Wir erwarten von unseren Lesern, daß sie die Lage des Blattes, das energisch für ihre wie der gesamten Bevölkerung Interessen eingetreten ist, zu würdigen wissen. Aus dem ganzen Zusammenhang geht hervor, daß Sie bei Ihren Lesern die Vorstellung zu erwecken suchen, Ihre Stellung unter Zensur sei erfolgt, eben weil Sie in jener Weise für die Arbeiter eingetreten seien. Sie suchen dadurch den Grund, aus dem die Zensur ausdrücklich verhängt worden ist, zu erschüttern und verächtlichen die Maßregel in den Augen Ihrer Leser. Aus diesem Grunde sehe ich mich veranlaßt, Ihr Blatt auf drei Tage, vom Tage des Empfanges dieser Verfügung ab, zu sperren. Die Polizeibehörde in Elberfeld ist von dieser Verfügung in Kenntnis gesetzt worden.

Der kommandierende General  
v. Gahl.

Gegen diese Verfügung ist Beschwerde beim Kriegsministerium erhoben worden.

### Werkwürdige Zumutung.

Herr v. Jedlich, dem in der Rede Liebknechts zur Wahlrechtsfrage ein politisches Spiegelbild vorgehalten wurde, antwortet jetzt in der „Post“, indem er die sozialdemokratische Partei gegen Liebknecht aufruft:

„Denn der in dieser (Liebknechts) Rede nach dem Urteil der „Freisinnigen Zeitung“ kundgegebene Mangel an Vaterlandsliebe (?) und der damit verbundenen absoluten Pflichttreue gegen das Vaterland entzieht der Forderung gleicher Behandlung der Sozialdemokratie durchaus den Boden. Dr. Liebknecht hat am Schlusse seiner Rede den Burgfrieden aufgekündigt und auch für die Kriegszeit den Klassenkampf gefordert. Man wird daher ihm gegenüber betonen dürfen, daß, wenn die Demokratisierung unserer Einrichtungen dazu dienen sollte, so vaterländische Gesinnung wie die Dr. Liebknechts zur Herrschaft zu bringen, es die elementarste patriotische Pflicht wäre, nicht nur jede Demokratisierung zu verhindern, sondern auch die Abwehrmittel der Staatsgewalt noch zu stärken.“

Ohne Zweifel spricht aus Dr. Liebknecht nicht die ganze Sozialdemokratie. Aeußerungen von Heine, Scheidemann, Dr. Heinemann, Kolb, Haenisch usw. stehen mit dessen Auffassung in unlöslichem Widerspruch. Aber Dr. Liebknechts Auftreten als Fraktionsredner bei einer politisch so wichtigen Gelegenheit erweckt doch äußerlich den Anschein, als ob ein erheblicher Teil der Sozialdemokratie hinter ihm stehe. Nach den vorstehenden Darlegungen liegt es daher im dringlichsten Interesse der Partei selbst, Dr. Liebknecht so nachdrücklich abzuschütteln, wie ihn die Reichstagsfraktion am 2. Februar abgeschüttelt hat. Ehre legt man mit Dr. Liebknecht wahrhaftig nicht ein, und ein selbst nur äußerlicher Zusammenhang mit einem Manne, auf den die Bezeichnung als vaterlandslöser Geselle nur zu sehr zutrifft (!), ist mit der Pflicht vaterländisch gesinnter Männer ganz unvereinbar. Zu welchen Schläffen die Nichterfüllung dieser Pflicht führen müßte, liegt auf der Hand.“

Wir wollen gar nicht davon sprechen, daß es wenig tapfer von dem Abgeordneten v. Jedlich ist, jetzt Liebknecht in der Presse anzugreifen, obgleich es bekannt ist, daß Genosse Liebknecht infolge seines Militärverhältnisses zurzeit nicht antworten darf. Im übrigen muß es sich natürlich jede selbständige politische Partei entschieden verbitten, daß ihr von anderen Parteien Vorschriften über die Behandlung interner Fragen gemacht werden. Auch die Genossen, die anderer Ansicht als Liebknecht sind, haben für derartige Zumutungen nur ein Adjektiv.

### Unwahrhaftige Getreidespekulanten.

Nach Meldungen der „Nöln. Ztg.“ hat der Landrat des Kreises Stade bei den Getreideinhabern dieses Kreises Untersuchungen anstellen lassen, die zu dem Ergebnis geführt haben, daß in dreihundert Fällen falsche Angaben über die vorhandenen Getreidevorräte gemacht worden sind. Nunmehr werden die nicht angegebenen Vorräte ohne Entschädigung eingezogen, außerdem sehen diese Getreideinhaber einem Strafverfahren entgegen.

### Wahlergebnis in Binneberg.

Amliches Wahlergebnis: Bei der Reichstagswahl im 6. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis am 27. Februar des Jahres wurden bei 54 295 Wahlberechtigten 10 258 gültige Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen 10 226 auf den Stadtrat und Fabrikbesitzer Ernst Carstens aus Elmshorn (Fortschrittliche Volkspartei). 27 Stimmen waren zersplittert. Carstens ist somit gewählt.

Bei der Wahl im Jahre 1912 hatten von 53 952 Wahlberechtigten 47 556 ihr Wahlrecht ausgeübt, wovon 13 752 dem Fortschrittler Erhard zuzielen. In der Nachwahl erhielt er 25 072 Stimmen.

### Erhöhung der Kali-Inlandspreise?

Wie berichtet wird, hat das Kalisyndikat eine neuerliche Eingabe an den Bundesrat gerichtet, in der eine Erhöhung der Inlandspreise für Kalisalz während der Dauer des Krieges und sechs Monate darüber hinaus gefordert wird.

Durch das Kalisynthesverbot, das sich selbstverständlich auch auf die neutralen Staaten und damit das Hauptabgabegbiet Nord-

Amerika bezieht, wird allerdings der Absatz von Kali gemindert. Trotzdem ist eine Erhöhung der Preise nicht nötig, weil die staatliche Regelung der Kaliproduktion allen Produzenten jahrelang milde große Gewinne gesichert hat. Eine Erhöhung der Kalipreise müßte vielmehr außerordentlich schädlich wirken, weil dadurch die Düngung mit Kali verteuert und erschwert würde. Im Gegenteil ist zu fordern, daß die Kalipreise für landwirtschaftliche Zwecke ermäßigt werden, um die Bestellung des Bodens zu erleichtern und die Produktivität zu erhöhen.

### Haenischs Rede in der bürgerlichen Presse.

Die Rede des Abgeordneten Haenisch im Landtag wird von der gesamten bürgerlichen Presse sehr lebhaft und zustimmend erörtert.

Die „Pommersche Zeitung“ schreibt unter der Ueberschrift „Haenisch gegen Liebknecht“:

„Eines Ereignisses muß aus der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, die der Beratung des Kultusetats galt, ganz besonders und zu allererst gedacht werden: Das war die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Haenisch. Es ist bisher in Berlin noch niemals im Parlament vorgekommen, daß so scharfe Gegensätze innerhalb der sozialdemokratischen Partei öffentlich ausgetragen wurden. Und nun diese Rede des Abgeordneten Haenisch! Sie war in jedem Betracht das Gegenstück zu der vorgelegten Rede des Abg. Dr. Liebknecht: und man dürfte mit der Annahme nicht schiefgehen, daß sie auch als ein Gegenstück dazu gemeint war. Natürlich genannt wurde der Name des Herrn Liebknecht nirgend. Rußte die vorgelegte Rede Liebknechts als eine Herausforderung an die vaterländischen Gefühle der Volksgemeinschaft — denn die paar Ausnahmen Liebknechtschen Schläges sind kaum zu rechnen — empfohlen werden, so war die gestrige Rede seines Fraktionskollegen Haenisch — ein offenes, freimütiges und warmherziges Bekenntnis zum deutschen Volkstum, zur herrschenden Volksgesinnung, zum rückhaltlosen Zusammenstehen der Volksgemeinschaft in Not und Tod. Wenn er gleich zu Anfang sagte, so lange Hannibal vor den Toren sitze, sei die Möglichkeit nicht vorhanden, innere Kämpfe miteinander auszufechten, so war's wie eine direkte Antwort auf die vorgelegte von Liebknecht befolgte Methode — und wenn er weiter erklärte, daß, wer es grundsätzlich ablehne, zuzulernen und gegebenenfalls umzulernen, damit nicht immer Charakterstärke, sondern Mangel an Intelligenz beweise, so schien das nicht nur eine Bemerkung allgemeiner Natur, sondern auch eine Bemerkung, die auch ein ganz bestimmtes Ziel hatte. Derjenige, auf den sie zielte, hatte es vorgezogen, der Sitzung fernzubleiben. Abg. Haenisch betonte, daß seine Partei von den grundlegenden Forderungen, die sie im Bereich der Verwaltung des Kultusministeriums, nichts aufgeben, und daß sie auf deren Erfüllung nach einem siegreichen und ehrenvollen Friedensschluß dringen werde. Gewiß, das wird ihr niemand vertreiben, und auf diesem Gebiete geht ja auch der Liberalismus ein großes Stück Wegs mit ihr gemeinsam: aber ihre Betätigung sei dann getragen von dem Geist, der heut aus der Rede Haenischs sprach.“

Die „Berliner Allgemeine Zeitung“ bringt den Landtagsbericht unter dem Titel „Sozialdemokrat und Deutscher. Patriotische Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Haenisch im Landtage“ und schreibt u. a.:

„Die Sitzung war aber insofern denkwürdig, als sie einen Wendepunkt in den innerpolitischen Verhältnissen unseres preußischen Vaterlandes bedeutete. Es herrschte eine Einmütigkeit der Auffassung in allen diesen wichtigen Schluß- und Kulturfragen in den Reden aller Parteien vor, und es wurde zum ersten Male eine sozialdemokratische Rede von echt vaterländischer Gesinnung gehalten, der alle Anwesenden mit gespanntester Aufmerksamkeit zuhörten, und die dem Redner, dem Abg. Haenisch, nicht nur Beifall auf allen Seiten des Hauses, sondern auch persönliche Glückwünsche von vielen politischen Gegnern einbrachte.“

Und nun kam das historische Ereignis, die sozialdemokratische Rede, die der in Not und Tod geborenen Einigkeit des deutschen Volkes voll entsprach. Der Abg. Haenisch sprach, wie er am Schlusse seiner Ausführungen sagte, nicht nur als deutscher Sozialdemokrat, sondern auch als sozialdemokratischer Deutscher. Unter starken polemischen Ausfällen gegen seinen gestern aufgetretenen Parteifreund, die im ganzen Hause mit verständnisvoller Güterlichkeit aufgenommen wurden, obwohl er den Namen Liebknecht nicht nannte, vertrat er den vaterländischen Standpunkt, den die weitaus große Mehrheit der Partei seit Ausbruch des Krieges überall eingenommen hat. Dabei vergaß er sich und seinen Grundgedanken durchaus nicht, sondern lehrte den sozialdemokratischen Parteistandpunkt in angemessener und würdiger Weise immer hervor. Aber der Ton macht die Musik, und der Ton war echt patriotisch und herzlich und maßvoll auch dem politischen Gegner gegenüber. Manches war etwas utopisch, zu stark idealistisch und etwas zu wenig realpolitisch, etwas weltfremd gedacht, aber im großen und ganzen wird man dem Redner zustimmen können.“

Auf einen ähnlichen Ton sind auch die Besprechungen der rechtsstehenden Presse gestimmt.

### Trotz höchster Preise Kartoffelmangel.

Beim städtischen Kartoffelverkauf in Köln spielten sich am Montag Sturmstößen ab. Der Andrang in der Hauptmarkthalle war so groß, daß Leben und Gesundheit der Käufer aufs schwerste gefährdet waren; eine ganze Anzahl Schulleute vermochte nicht, die Leute zurückzuhalten, und Frauen und Kinder schrien aus dem Menschenhaufen heraus um Hilfe. Die Händler in der Nähe vermochten kaum ihre Ware zu schützen. — Am Montag wurden allein in der Markthalle an 10 500 Käufer Kartoffeln in Quanten zu je 10 Pfund verkauft. Am Dienstag früh hatten sich schon in der Dunkelheit wieder Hunderte von Personen eingefunden, die Kartoffeln begehrten; doch da man wegen des Hauptmarkttagess Lebensgefahr befürchtete, wurde der Verkauf auf den Nachmittag verlegt.

Dem Landwirtschaftsminister, der im Abgeordnetenhaus erklärte, man könne noch Kartoffeln zu 3,75 M. pro Zentner kaufen sollte man Photographien von den Kölner Kartoffelständen senden. In Köln wie im ganzen Westen stehen die Kartoffelpreise am höchsten, trotzdem herrscht eine solche Kartoffelmangel. Diese beweist, daß die Erhöhung oder Aufhebung der Kartoffel-Höchstpreise noch lange nicht eine genügende Versorgung mit Kartoffeln herbeiführen. Da hilft nichts anderes als die Verschlagnahme und die behördliche Verteilung.

(Wieberholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage.)

## Aus der Partei.

Die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs hatte am 31. Dezember 1914 einen Bestand von 47 738 männlichen und 10 194 weiblichen, zusammen 57 932 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl ist im 3. Quartal in den drei Wahlkreisen um weitere 3749 zurückgegangen. An dem Rückgang ist der 1. Wahlkreis mit 505, der 2. Wahlkreis mit 880 und der 3. Wahlkreis mit 2274 Mitgliedern beteiligt. Zum Militärdienst sind von den 47 738 männlichen Mitgliedern bis zum 31. Dezember in den drei Wahlkreisen 14 481 — 30,3 Proz. — eingezogen. Von den eingezogenen Genossen sind 9292 — 64,2 Proz. verheiratet und haben 15 272 Kinder. Gefallen sind von den einberufenen Genossen zusammen 328, davon sind 186 verheiratet und 142 ledig.

# Stadtverordnetenversammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 4. März 1915, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.  
Der seit 1. April 1911 in Geltung befindliche Schlaht- und Schaugebühren-Tarif soll auch für das Rechnungsjahr 1915 in Kraft bleiben.

Zu Ostern d. J. soll die 15. Realschule, deren Neubau in der Carmen-Straße 24/26 demnächst fertiggestellt sein wird, zunächst mit einer G., S. und 4. Klasse eröffnet werden.

Das Verzeichnis der für 1915 zur Neu- und Umpflasterung in Aussicht genommenen Straßen wird diesmal ohne Ausbuhberatung genehmigt.

Der Entwurf für den massiven Neubau der Thielensbrücke über den Landwehrkanal in der Nähe der Glogauer und Banner-Straße gelangt ohne Diskussion zur Annahme.

Die

## Berliner Elektrizitätswerke

Sollen nach der Magistratsvorlage vom 27. Februar d. J. mit Ablauf des Vertrages am 1. Oktober 1915 von der Stadt zum Buchwert erworben werden. Die Mittel dafür, z. B. 130 Millionen Mark, beabsichtigt der Magistrat durch Anleihe zu beschaffen.

Oberbürgermeister Wermuth: Wie mir bekannt ist, besteht der Abicht, die Vorlage einem Ausschuss zu überweisen. Das kann dem Magistrat nur erwünscht sein; wir werden im Ausschuss am ehesten und uneingeschränkt Auskunft erteilen können, soweit sie nicht bei der letzten Beratung vor wenigen Wochen schon gegeben ist. Auskunft über die Vorbereitung einer von kaufmännischem Geiste erfüllten Organisation, welche am 1. Oktober ins Leben zu treten hat, Auskunft auch über die geplanten finanziellen Maßnahmen und über die Gestaltung der Elektrizitätstarife. So wird die Ausbuhberatung einen geeigneten Ausgangspunkt für die weitere öffentliche Besprechung bieten. Aus der gegenwärtigen Sachlage vermochte der Magistrat nur eine Schlussfolgerung zu ziehen; Berlin wird binnen einigen Monaten die Versorgung seiner Bürger mit Elektrizität unmittelbar in die Hand zu nehmen haben; Berlin wird beweisen müssen, daß es einer solchen Aufgabe auf einem durch und durch modernen, schwierigen, aber zukunftsreichen Gebiete gewachsen ist, nicht nur in regelmäßigen, ruhigen Zeiten, sondern zunächst sogar unter außergewöhnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen. An Spannkraft und Entschlossenheit zur Bewältigung dieser neuen Aufgabe fehlt es der Stadtverwaltung nicht. (Beifall.)

Es ist beantragt, die Vorlage einem Ausschuss von 15 Mitgliedern zu überweisen.

Stadtv. Gassel (Linke): Die Vorlage stellt uns vor eine der wichtigsten Entscheidungen. So wie die Sache jetzt liegt, kann die Entscheidung nicht zweifelhaft sein; wir sind einfach in Konsequenz der bestehenden Lage und der Kündigung des Vertrages darauf angewiesen, der Vorlage zuzustimmen, gleichviel, wie man prinzipiell zu dieser Sache stehen mag. Die Begründung der Vorlage ist nur kurz und kann auch nur kurz sein. Ueber die gepflogenen Verhandlungen ist den Vertrauensmännern der Fraktionen von Zeit zu Zeit Mitteilung gemacht worden. Die V. G. W. haben eine weitere längere Vertragsabmachung abgelehnt und nur eine sechs-jährige Verlängerung zu den bestehenden Bedingungen angeboten. Das konnte man von der Stadtgemeinde nicht verlangen, daß sie auf die Chancen, die sich aus einer längeren Vertragsdauer ergeben hätten, verzichtete. In einigen Punkten enthält die Begründung nur sehr dürftiges Material; es fehlt an einer genauen Angabe der Kosten der Uebernahme, der eventuellen Kosten für Neuananschaffungen, an der Mitteilung der Grundsätze, nach denen eventuell eine Ermäßigung der Tarife wird erfolgen können. Das Verlangen nach Verbilligung der Tarife ist sehr allgemein und für viele der Zweck der Verbilligung. Auch über das Verhältnis zu den Vororten ist keine Erklärung gegeben. Auf diese Fragen jetzt hier eingehen, würde sich nicht empfehlen; das gehört in eine Ausbuhberatung. Dort müssen wir mit aller Entschiedenheit sehr eingehende Auskunft in allen diesen Punkten verlangen. Wir hoffen, daß diese Prüfung auch nützlich sein wird für die weitere Propagierung des ganzen Unternehmens. Müssen wir ein so großes Werk übernehmen, so werden wir nicht nach rückwärts blicken dürfen, sondern mit aller Kraft darauf hinarbeiten müssen, daß es so betrieben wird, daß es der Bürgerschaft zum größtmöglichen Vorteil gereicht. (Beifall.)

Stadtv. Brund (Soz.): Den Vereinbarungen der Fraktionen entsprechend will ich mich heute auch nicht eingehend über die Vorlage verbreiten; wir sind der Auffassung, daß für heute eine kurze Erklärung genügt. Wir sind mit der Vorlage durchaus einverstanden; sie ist von großer kommunalpolitischer Bedeutung, und wir sind zur Bewilligung der für ihre Durchführung erforderlichen Mittel bereit. In weiten Kreisen der interessierten Bürgerschaft besteht der Wunsch, über die Maßnahmen, über welche der Vorredner Auskunft wünschte, auch ihrerseits baldigst unterrichtet zu werden; wir erwarten deshalb, daß die Ausbuhberatung möglichst reich in dieser Beziehung zu positiven Resultaten führt, sodas recht bald eine definitive Vorlage an uns gebracht werden kann. (Beifall.)

Stadtv. Rommisen (Fr. Fr.): Wir bebauern sehr, daß wir der Vorlage nicht mehr in freier Entscheidung gegenüberstehen. Die Vorlage ist eine der bedeutungsvollsten, die wir je gehabt haben; aber ihre Begründung entspricht dieser ihrer Bedeutung nicht entfernt; von einer Begründung dieses wichtigen Schrittes ist in der Vorlage so gut wie nichts enthalten. Es fehlt hauptsächlich der Nachweis, daß die Beschaffung besserer finanzieller Resultate liefern kann. Im Ausblick wird ja wohl Auskunft darüber gegeben werden, aber das hätte doch wohl schon in der Begründung geschehen können. Ebenso finden wir darin nichts über die Frage der Tarifpolitik, über die Notwendigkeit von Umbau und Erweiterung der Werke. Bei einer Entscheidung wie dieser sollte tatsächlich alles Material beigebracht werden für den Moment des wirklichen Entschlusses; das gegenteilige Verfahren ist sehr bedenklich. Die endgültige Entscheidung müssen wir uns vorbehalten; eine unbedingte Zustimmung kann ich heute nicht in Aussicht stellen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. In gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten wird hierauf eine Neu- und Ergänzungswahl für die Verbandversammlung Groß-Berlin vorgenommen. Die ausgeschiedenen 16 bisherigen Mitglieder und Ersatzmänner aus den Reihen der Mitgliederversammlung und des Magistrats werden auf Vorschlag Rommisen wiedergewählt; für den verstorbenen Friedl wird Goldschmidt als Vertreter, für diesen als Ersatzmann Lindau (Fr. Fr.) für den ausgeschiedenen Dr. Arons Stadtv. Mann (Soz.), für diesen als Ersatzmann Stadtv. Ritter (Soz.) gewählt.

Darauf fährt die Versammlung in der Erledigung ihrer Tagesordnung fort.

Am 2. März hatte die sozialdemokratische Fraktion folgende Interpellation eingebracht:

„Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu treffen, um auf dem hiesigen Kartoffelmarkt der großen Preissteigerung entgegenzuwirken, die, wie auch der preussische Ministerialerlass vom 26. Februar dieses Jahres anerkennt, zu einer Ausbeutung des Publikums geführt hat?“

Stadtv. Wurm (Soz.): Die Anfrage, die wir an den Magistrat richten, ist ein Rotschrei, den wir erheben im Namen der armen und ärmsten Bevölkerung Berlins. Die Not auf dem Kartoffelmarkt, die Not der Kartoffelversorgung ist in Berlin so groß geworden, daß unbedingt bald und durchgreifend Abhilfe geschafft werden muß. Wenn wir an den Magistrat diese Anfrage richten, so geschieht das nicht, weil wir gegen ihn

Vorwürfe zu erheben haben. Die Stadt Berlin hat rechtzeitig große Mengen Kartoffeln aufgekauft und zu möglichst billigen Preisen auf den Markt gebracht; ihr ganzes Gebahren auf diesem Gebiet wird aber dadurch gehemmt, daß ihr jetzt im Kriege eine Aufgabe zugewiesen wird, die sie bisher im Frieden niemals in Angriff genommen hat und von der wir annehmen, daß sie auch der Gemeinde zugehen wird, daß die Nahrungsmittelversorgung zu den ständigen Aufgaben der Gemeinde gehören muß. In der jetzigen Notlage, in der wir uns befinden, hat die Regierung zwar den Gemeinden die Aufgabe zugewälzt, daß sie ganz besonders für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln einzutreten habe; der Minister hat in einem Erlass ausdrücklich davon gesprochen, daß namentlich die Gemeinden für die Kartoffelversorgung der minderbemittelten Schichten Sorge tragen sollen, aber niemand sagt der Gemeinde, wie sie das machen kann. Durch die getroffenen Verfügungen ist die Not nicht gemindert, sondern gesteigert, ja erst hervorgerufen worden. (Sehr richtig!) Die Regierung, die am 4. August eine ganz unbeschränkte Vollmacht für wirtschaftliche Maßnahmen erhalten, hat für Kartoffeln Höchstpreise für den Produzenten, den Landwirt, festgesetzt, man hielt aber mit dem Verkauf zurück, weil keine Bestimmung bestand, daß sie die Kartoffeln verkaufen mußten. So sind dann die erhöhten Höchstpreise gekommen, und doch herrscht in den Landwirtschaftskreisen die Ueberzeugung, daß auch diese nicht die höchsten seien, daß noch höhere zu erwarten wären. Inzwischen verwertet der Landwirt die Kartoffeln zu Viehfutter, ganz speziell zu Schweinefutter, und er kann das, weil für Vieh gar keine Höchstpreise festgesetzt sind. Die Viehpreise steigen infolgedessen weiter und haben schon ganz exorbitante Höhen erreicht. In Schöneberg wurde in einer Bäckermeisterversammlung bekanntlich die Mitteilung gemacht, daß ein Großhändler, der 1300 000 Zentner gekauft hatte, statt 2,75 M. für den Zentner 5,75 M. forderte; ähnliche Ermittlungen hat die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgebung angeestellt. Das Oberkommando glaubte nun, damit helfen zu können, daß auch Höchstpreise für den Kleinhandel in Berlin festgesetzt wurden. Hier zeigte sich aber der ganze Widerspruch der bisherigen Maßnahmen: Der Kleinhändler konnte zu diesen Preisen nicht verkaufen, weil er keine Ware hatte, weil der Großhändler bei seinen hohen Forderungen blieb oder der Landwirt die Ware nicht herausrückte. Kolossale Kartoffelmengen passierten Berlin, nicht aber um hier zu bleiben, sondern um nach dem Westen transportiert zu werden, wo es keine Kleinhandelshöchstpreise gab, wo das bessere Geschäft zu machen war. Nun wurden die Höchstpreise für den Kleinhandel aufgehoben — und wir kamen vom Regen in die Traufe! Die Preise stiegen rapide weiter und wir haben schon Fälle, wo für 10 Pfund 1 M., ja 1,20 M. bezahlt worden sind. In einem Ministerialerlass vom 28. Februar ist ganz direkt von wucherischer Ausbeutung des Publikums die Rede. Mit der Vorschrift der Höchstpreise für den Kleinhandel, wenn sie der Großhandel nicht hat, ist niemand geholfen. Nun könnte man einwenden, Berlin hätte doch durchgreifend auf die Kartoffeln verzichten können mit seinen rechtzeitig aufgekauften großen Vorräten. Der Vauh von Berlin ist so tiefengetroffen, daß es sehr schwer halten wird unter den obwaltenden Verhältnissen, ihn durch die Vorräte der Gemeinde zu füllen. Wir brauchen täglich 20 000 Zentner Kartoffeln, und diesen Bedarf kann die Gemeinde nicht decken, wenn sie auch die Möglichkeit des Einkaufens hat, wenn der Landwirt nicht gezwungen werden kann, zu verkaufen. So lange der Landwirt hofft, daß die Höchstpreise noch weiter steigen, so lange er unbegrenzte Preise für sein Vieh bekommen kann, wird er nicht daran denken, seine Kartoffeln auf den Markt zu bringen, und die Stadtbevölkerung kann sehen, wie sie fertig wird. Die Schwierigkeit der Brotversorgung hat die Kartoffel zu einem noch wichtigeren Nahrungsmittel gemacht, als sie ohnehin schon war. Der Brotverbrauch ist auf 4 Pfund pro Kopf und Woche normiert, macht auf den Tag 285 Gramm Brot, und nun hören wir, daß wir nur 200 Gramm Mehl gleich 257 Gramm K-Brot zur Verfügung haben. Da ist es notwendig, daß das Volk sich wenigstens durch Stärkemehl decken kann. Wir wenden uns deswegen an den Magistrat, weil wir wünschen, daß er energisch im Interesse der noleidenden Bevölkerung Vorstellungen beim Ministerium erhebt, daß es so nicht weiter gehen kann, daß Höchstpreise nicht allein für den Landwirt, sondern auch für den Zwischenhandel festgesetzt werden und vor allem, daß das Beschlagsnahme-, das Enteignungsrecht gegeben wird. (Sehr richtig!) Die Kartoffeln können dabei genau so konserviert werden wie jetzt; die Beschlagsnahme vollzieht sich dadurch, daß die Kartoffeln bleiben, wo sie sind, daß sie aber nicht willkürlich weggenommen, sondern den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Ich bin kein Schwarzseher; ich glaube, wir besitzen ausreichend Kartoffeln, aber jeder Tag ist verloren, wo die Regierung nicht verhindert, daß die Kartoffeln an die Schweine verfüttert werden, statt zur menschlichen Nahrung zu dienen. Wir müssen die Regierung auf das hinführen, was im Interesse der Allgemeinheit liegt. Wenn, wie die Verhältnisse gezeigt haben, die Reichsregierung und die Staatsbehörden nicht die notwendigen Schritte tun, dann ist es Aufgabe der Gemeinden, als Vahndreher vorzugehen und zu zeigen, was im Interesse der Bevölkerung notwendig ist. Deshalb bitten wir den Magistrat, bei der Regierung dahin zu wirken, daß Maßnahmen getroffen werden, damit die Kartoffeln zu angemessenen Preisen auf den Markt kommen, und das ist nur möglich unter den von mir angegebenen Bedingungen. Gleichzeitig muß auch dafür gesorgt werden, daß Höchstpreise für das Vieh festgesetzt werden. (Beifall.)

Stadtrat Fischel: Der Magistrat ist sich des Ernstes des Problems wohl bewußt. Die Ursachen für den augenblicklichen Mangel sind zum Teil von dem Vorräcker schon angeführt. Die ersten Höchstpreise für die Produzenten betragen 2,75 und 2,50 M. Die Schweinepreise stiegen infolge der außerordentlichen Anforderungen an den Markt trotz des großen Schweinevorrats, so daß bei diesen Höchstpreisen für Kartoffeln es für den Landwirt lohnend wurde, sie an die Schweine zu verfüttern. Unsere Landwirtschaft soll ja doch durch die Wirtschaftspolitik in die glänzende Lage versetzt sein, die deutsche Bevölkerung mit Getreide und Vieh völlig zu versorgen. Die Richtigkeit dieser Behauptung einmal vorausgesetzt, so wird dabei doch übersehen, daß die Futtermittel zum größten Teil aus dem Auslande bezogen werden. Bei der jetzigen Ausrüstung vom Ausland aber tritt das Schwein als Konsumgüter des Menschen auf. Der Hafer wurde ebenfalls beschlagsnahmt, das Pferd wurde mit auf die Kartoffel angewiesen. Selbstverständlich hat es auch Spekulation gegeben. Alljährlich tritt ferner im Februar, zum Teil schon im Januar, eine gewisse Kartoffelknappheit in Berlin ein; in diesem Jahre trat die Knappheit verhältnismäßig spät auf, brachte dann andauernd Nachfröste, und der Landwirt mußte die sehr empfindliche Kartoffel namentlich in den von Berlin entfernteren Rieten lassen; auch wir mußten das lagelangen tun. Dazu kam die teilweise Verkehrsstörung und der Wagenmangel im Osten. Um der Verfütterung entgegenzutreten, hat nun der Bundesrat die Höchstpreise auf 4,50 und 4,25 M. heraufgesetzt. Etwas Ware kam bei diesen Höchstpreisen heraus. Da wir nun in Berlin auch Kleinhandelshöchstpreise hatten, stellte sich heraus, daß

die Kartoffeln aus dem Osten um Berlin herum nach dem Westen gingen. Soweit möglich, sind wir mit unseren Vorräten ungespeungen und haben unserer Bevölkerung 310 000 Zentner zuführen können. Das war natürlich nur ein Notbehelf; und darum haben wir uns für die Aufhebung der Kleinhandelshöchstpreise ausgesprochen müssen. Seit vorigem Montag rollen tatsächlich wieder mehr Kartoffeln nach Berlin. Der Vorrat, der Kleinhandel in Berlin nehme Bucherpreise, kann nicht mit Recht erhoben werden. Niemand von Ihnen wird zu den festgesetzten Höchstpreisen Kartoffeln bekommen; ohne einen gleichzeitigen Komplex drakonischer Maßnahmen ist das nichts zu machen. Unter 5,50 M. gibt kaum ein Produzent Kartoffeln ab; aus 6,50—7 M. kann dem Kleinhändler kein Vorwurf gemacht werden. Jedenfalls muß die Regierung dafür sorgen, daß ihre Erlasse auch durchführbar sind. Noch heute wird die Zufuhr durch das anhaltende Frostwetter erschwert. Die Regierung hat alle Veranlassung, energische Maßnahmen zu ergreifen, aber auch das Publikum soll in seiner Erregung auch nicht in den Fehler verfallen, in dem kleinen und kleinsten Haushalt so und so viel mal 20 Pfund Kartoffeln hinzulegen, die dann verderben müssen; es verjündigt sich damit an der Volksernährung aufs Aller schlimmste. (Zustimmung.) Uebrigens wirken die jüngsten Maßnahmen des Handels schon etwas, denn in den letzten drei Tagen ist der städtische Verkauf auf 28 000 Zentner täglich heruntergegangen, nachdem wir in der Woche vorher 67 000 haben abgeben müssen. Nach der Verpflegung der Kartoffelhändler soll in 14 Tagen das Verhältnis wieder normal sein. Bucherischen Auswüchsen werden wir energisch entgegen-treten. — Was die Frage angeht, ob die Vorräte bis zur nächsten Ernte reichen werden, so brauchen wir keinerlei Besorgnis zu hegen, wenn die richtigen verständigen Maßnahmen getroffen werden. Die Beschlagsnahme erklären die Regierungen für ununtunlich, sie wollen den Schweineüberfluß beseitigen und haben den Kommunen über 5000 Einwohner dahingehende Verpflichtungen auferlegt. Ohne Zwangsmahregeln des Staates wird es aber auch hier nicht geben. Entsprechende Entschädigung soll der Züchter erhalten, aber der Kredit des Reiches muß den Gemeinden zu Hilfe kommen; auch wird das Reich große Kühlanlagen und dergleichen zu schaffen haben. In Kriegszeiten müssen solche Dinge schließlich durch den Willen der Allgemeinheit festgelegt werden. Es ist die allerhöchste Zeit, daß bei der Bereitwilligkeit aller interessierten Kreise, auch der Vertreter der Landwirte und der Händler, diesen Forderungen entsprochen wird. Dann wird die Hoffnung unserer Feinde, uns zu besiegen, weil wir wirtschaftlich nicht durchhalten können, ganz lässlich auch in diesem Punkte scheitern. (Beifall.)

Stadtv. Gassel: Die städtische Kartoffelversorgung Berlins ist eine sehr zweckmäßige Maßnahme, die auch den Vororten und der Provinz zugute gekommen ist. Die Frage der Versorgung mit Kartoffeln wird um so wichtiger, nachdem die Rekrutierung pro Kopf und Tag weiter herabgesetzt worden ist. Energetische, durchgreifende Maßnahmen der Regierung tun not, und sie dürfen nicht zu spät ergriffen werden. Wegen die Spekulation ist einzuführen, damit nicht unerträgliche, unerschwingliche Preise auf den kleinen Markt drücken. Ob nach der Herabsetzung der Rekrutierung die Brotkarte in ihrer heutigen Form beibehalten werden kann, ist mir zweifelhaft. — Ich vertraue fest, daß wir durchhalten werden bis zur nächsten Ernte, aber alles, was die Reichs- und Staatsregierung an Maßnahmen treffen kann, dieses Ziel zu erreichen, muß geschehen.

Oberbürgermeister Wermuth: Es möchte tatsächlich in Zukunft nötig sein, in der Brotkarte eine Unterscheidung in Bezug von Brot und Mehl vorzunehmen. Wir haben das bisher nicht getan; es hat sich als bisher einziger Mißbrauch der Karte und auch nur in mäßigen Grenzen gezeigt, daß manche Hausfrauen am Ende der Woche die unverbrauchten Brotmarken in Mehl auflagten. Damit wird allerdings der Zweck der Brotkarte zum Teil vereitelt. Von dieser Erwägung geleitet, hat der Magistrat mit den Leitern sämtlicher Groß-Berliner Gemeindeverwaltungen Beschlüsse, zunächst für die kommende Woche, und zwar schon morgen früh in Kraft tretend, den Verkauf von Mehl aus der Brotkarte für die Tage Freitag, Sonnabend und Sonntag zu verbieten. (Bewegung und Heiterkeit.) Die künftige Brotkarte wird die Gleichstellung von Brot und Mehl aufgeben müssen, der Verbrauch von Mehl wird auf ein engbegrenztes Quantum herabzusetzen sein. (Beifall.)

Stadtv. Rommisen: Wichtiger als die Preisfrage ist vielleicht doch noch die Frage, ob überhaupt genug Kartoffeln vorhanden sind. Ich hoffe, daß Stadtrat Fischel mit seiner günstigen Beurteilung der vorhandenen Vorräte Recht behält. Mit dem Ausgang der Erörterung dürfen wir zufrieden sein. Wir brauchen uns durchaus nicht zu scheuen, die Frage der Volksernährung in diesem Saale zu besprechen; die Scheu, die wir davor solange gehabt haben, sollten wir aufgeben.

Damit schließt die Besprechung. Der Vorsteher stellt fest, daß die Interpellanten von der Beantwortung der Interpellation befriedigt sind.

Schluß nach 1/8 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Kriegsanleihe und die kleinen Sparer.

Uns wird geschrieben: In den Kreisen der kleinen Sparer scheint man sich noch immer nicht klar zu sein, was bei der neuen fünfprozentigen Deutschen Reichsanleihe die Unkündbarkeit bis 1924 bedeutet. Vielfach wird sie dahin ausgelegt, daß man vor 1924 sein in neuer Reichsanleihe angelegtes Kapital weder ganz noch teilweise würde benutzen können, wenn sich dazu Veranlassung böte, sondern daß man das Kapital bis 1924 unwiderruflich festlege.

Dem ist aber nicht so, denn die dem Sparer ausgehändigten Anleihecheine stehen zu seiner freien Verfügung. Braucht er nach einiger Zeit Geld, so kann er entweder auf diese Anleihecheine einen Vorfuß aufnehmen (z. B. bei der Darlehnskasse), und zwar zu einem Zinssatz, der sich nur wenig über den Zinssatz der Anleihe von 5 Proz. erhebt; oder er kann den entsprechenden Teil seiner Anleihecheine verkaufen, wofür immer Gelegenheit war und sein wird. Welcher von diesen Wegen der vorteilhaftere ist, läßt sich natürlich nur nach Zeit und Umständen entscheiden. Handelt es sich um einen nur vorübergehenden Bedarf, so wird der Anleihebesitzer meistens den ersten Weg wählen, es sei denn, daß der Preis für einen Verkauf gerade besonders günstig ist. Handelt es sich dagegen um eine dauernde Festlegung von Geld, so wird man zum Verkauf des entsprechenden Betrages Reichsanleihe schreiben.

Da auch für die neuen Schuldverschreibungen und Schaßanweisungen das ganze Deutsche Reich mit seiner gesamten Finanzkraft basiert, so gibt es für den kleinen deutschen Sparer nicht minder als für den großen keine Anlage, die so günstig ist, wie die neue fünfprozentige Deutsche Reichsanleihe.

Das Reich kann seinerseits vor dem Jahre 1924 den fünfprozentigen Zinssatz nicht herabsetzen. Jede frühere Konvertierung oder Kündigung der Anleihe ist, wie ausdrücklich nochmals festgesetzt sei, völlig ausgeschlossen. Wird im Jahre 1924 die Ermäßigung des Zinssatzes für spruchreif gehalten, so muß dem Anleihehaber die freie Wahl zwischen Zinssubherabsetzung und Rückzahlung des Anleihebetrages seitens des Reichs zum vollen Nennwert gelassen werden.

### Ein Großbetrieb im ersten Kriegshalbjahr.

Der Vorstand des „Böhning“ Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb veröffentlicht einen Bericht über den Abschluß des ersten Halbjahres des laufenden Geschäftsjahres:

Der Betriebsergebnis ohne Abschreibungen nach Abzug der Handlungskosten und Zinsen beträgt 10 587 300 M. gegen 18 840 874 M. im ersten Halbjahre des Vorjahres. Dazu tritt der Gewinnvortrag mit 9 166 519 M. gegen 8 471 476 M. im Vorjahre.

**Bekanntlich** hat die Gesellschaft in der letzten Bilanz eine Rückstellung von 9 Millionen Mark für Ausfälle infolge des Krieges vorgenommen, die bisher nicht in Anspruch genommen ist. Das Widerertragnis ist auf die Einwirkung des Krieges zurückzuführen. Die Beschäftigung war vom August ab erheblich eingeschränkt, weil schon im ersten Kriegsmonat annähernd 13 000 Arbeiter zu den Föhnen einberufen wurden und weitere 2000 noch im Laufe der folgenden Monate. Es währte auch eine gewisse Zeit, bis Ersatz für die verlorengegangene Arbeit an Aufträgen für das feindliche Ausland und nach Liebersee gefunden war. Mit Ausnahme der ganz besonders auf die Ausfuhr angewiesenen Dachziegelwerke sind unsere Hüttenbetriebe seit mehreren Monaten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte voll beschäftigt. Der Versand beträgt 60 bis 65 Proz. des gewöhnlichen. Beim Bergbau hält sich die Beschäftigung in gleichen Grenzen. Die geförderteten Mengen werden glatt abgesetzt. Die Beschaffung der wichtigsten Rohstoffe und Betriebsmaterialien war bei Anfang des Krieges wegen der starken Inanspruchnahme der Eisenbahnen für militärische Zwecke fast ganz unterbrochen, hat sich aber mehr und mehr gehoben. Unsere reichlichen Vorräte haben eine Notlage nicht aufkommen lassen und zur Erzielung des verhältnismäßig guten Schwinnes beigetragen. Der Auftragsbestand der Hütten betrug am 31. Januar 1915 372 411 Tonnen gegen 488 994 Tonnen im Vorjahr und ist angesichts des eingeschränkten Betriebes als durchaus befriedigend anzusehen.

**Krieg und Schifffahrt.** Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft verteilt für das Geschäftsjahr 1914 eine Dividende von 4 Prozent gegen 14 Prozent im Vorjahr.

**Verbot der Getreideaufuhr aus Indien.** Aus Kalkutta kommt die Meldung, daß die englische Regierung die Getreideaufuhr aus Indien verboten habe, um niedrigere Getreidepreise dort zu erzielen. Ein Resultat sei nicht erreicht worden, da die Händler in Indien das Getreide zu Spekulationszwecken zurückhielten und auf den Export nach Europa hofften. Es sei daher eine gewisse Verstimmung in Indien eingetreten.

## Soziales.

### Ruhegehaltskassenanspruch.

Rückzahlung seiner Beiträge an die Ruhegehaltskasse und einen Dividendenanteil forderte gestern vor dem Gewerbe-

gericht ein Schöfner von der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft.

Der Kläger, mit dem Kündigungsausschluß vereinbart war, wurde, vier Wochen bevor er seine zweijährige Dienstzeit vollendete, entlassen. Er war der Meinung, daß der Grund für seine Entlassung in seiner Aushebung zum Militärdienst zu suchen sei, weil dadurch die Gesellschaft die Unterstützung an seine Familie ersparte. Die Beklagte dagegen behauptet, mehrfaches Juspätkommen sei die Veranlassung gewesen. Durch den Umstand, daß der Kläger nur vier Wochen vor Vollendung seines zweiten Dienstjahres entlassen wurde, ist ihm auch insofern Nachteil erwachsen, als er von den zur Pensionkasse gezahlten Beiträgen nur 50 Proz. zurückgestellt erhält, während er vier Wochen später Anspruch auf 75 Proz. gehabt hätte. Er wollte jedoch die vollen Beiträge herausgeholt haben. Dem stehen die von ihm anerkannten Zahlungen entgegen. Mit der Dividende verhält es sich so, daß statutenmäßig nur derjenige Anspruch darauf hat, der zurzeit der Generalversammlung noch in Diensten der Gesellschaft steht. Das traf hier auch nicht zu. Es ist allerdings hart für den Kläger, der in den letzten Monaten in der Hoffnung auf die im Einberufungsfall an seine Familie fallende Unterstützung und auf den Dividendenanteil für einen Lohndienst von 285 M. täglich 16 bis 17 Stunden Dienst getan hat, nun alle Ansprüche einbüßen zu müssen, und es entspricht gewiß der Billigkeit, wenn die Direktion hier Entgegenkommen bewiese, nachdem der Kläger auf Anraten des Gerichts seinen Klageanspruch fallen ließ.

## Gerichtszeitung.

### Verzweiflungstat einer Mutter.

Verzweiflung und Nahrungsjorgen haben die 31jährige, jetzt außerheiratete Plätterin Albertine Haller geb. Hoppe zu einer unseligen Tat getrieben, die sie jetzt unter der Anklage des versuchten Totschlags vor das Schwurgericht des Landgerichts III führte.

Die Angeklagte, eine kranke und verkrüppelte Frau, hat mit einem verstorbenen Schuhmacher Richard Schmidt 10 Jahre lang zusammen gelebt und für einen jetzt 7jährigen Sohn Max zu sorgen. Schmidt behandelte sie schlecht, mußte wegen Trunksucht wiederholt nach Dalldorf gebracht werden und ließ sie in verzweifelter Stimmung zurück. Schon früher war ihr manchmal der Gedanke gekommen, sich mit ihrem Knaben gemeinsam das Leben zu nehmen. In den Jahren 1913 und 1914 war sie monatelang krank, litt furchtbar an Gelenkrheumatismus und einem inneren Leiden und konnte ihre Pflichten nicht mehr ausüben. Sie geriet dadurch in immer größere Not, hatte keinen Verdienst und keine Spargroschen, und wenn sie auch in der letzten Zeit eine Armenunterstützung erhielt, so reichte dieses Geld doch nicht zur Vorfütterung der Miete und des Lebensunterhaltes aus. Da schienen ihr bessere Tage zu winken: zu ihr zog ein Schlosser in Schlafstelle,

der sie heiraten wollte; als dieser seine Stellung verlor, half sie ihm sogar mit ihren schwachen Mitteln mit durch. Am 4. Juli vorigen Jahres erfuhr sie der Schlosser durch die Mitteilung, daß er wieder eine Stelle erlangt habe, die er sofort ansetzen müsse. Ihre besten Wünsche begleiteten ihn, er ließ sich aber nicht mehr sehen, und sie erkannte zu spät, daß sie einem Schwindler zum Opfer gefallen war. Zwei Tage hindurch bemühte sie sich vergeblich, den Angetreuen dahast zu werden, dann bemächtigte sich ihr so große Verzweiflung, daß sie beschloß, aus dem Leben zu scheiden und ihren Jungen mitzunehmen. Am 6. Juli in aller Frühe schickte sie einen Brief an das zuständige Polizeirevier und teilte mit, daß sie aus Not mit ihrem Sohne aus dem Leben scheide. Als einige Beamte nach der Wohnung der Angeklagten in der Sparrstraße 26 eilten, fanden sie den Wohnraum mit Gas gefüllt und die Angeklagte mit ihrem Sohne bestimmungslos im Bette liegend. Das Gas strömte aus vier geöffneten Röhren heraus. Verzweifelter Hilfe gelang es bald, beide wieder ins Leben zurückzurufen. — Die Beweisaufnahme hatte ein seltsames Ergebnis: während einige Zeugen den Eindruck gewonnen hatten, daß der Selbstmordversuch wohl nicht ganz ernst gemeint gewesen sei, da das obere Fenster ein wenig offengestanden habe, erklärte die Angeklagte in voller Entzückung, daß es ihr bitter ernst gewesen sei, da sie vom Unglück so verfolgt sei und bei ihren körperlichen Leiden ihr damals kein Weg gegeben schien, sich aus Not und Elend herauszuarbeiten.

Die medizinischen Sachverständigen stimmten in ihren Gutachten über den Geisteszustand der Angeklagten nicht ganz überein. Während Geheimrat Medizinalrat Dr. Hoffmann die Angeklagte nur als geistig minderwertig bezeichnete, ging Medizinalrat Dr. Sörmer in einem ausführlich begründeten Gutachten weiter und kam zu dem Schluß, daß diese vom Schicksal zermürbte, kranke Frau diese Tat der Verzweiflung in einem solchen Zustand des Affekts verübt habe, daß sie nicht mehr Herrin ihres freien Willens war. — Ein vom Staatsanwalt Herbst gestellter Antrag auf Einholung eines Obergutachtens des Medizinalkollegiums wurde vom Gericht abgelehnt. — Rechtsanwalt Dr. Frey führte — übrigens in Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt — den Geschworenen vor, daß im ganzen Saale wohl niemand sei, der der Angeklagten nicht tiefes Mitleid schenke; sie verdiene keine Strafe, denn sie habe die Tat im Zustande völliger Hofflosigkeit begangen.

Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, worauf die Freisprechung der Angeklagten erfolgte.

### „Bürgermeister Alexander“ vor dem Reichsgericht.

Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision des früheren Bureaubeamten Thormann, der sich fälschlich Dr. Alexander nannte und Bürgermeister von Köslin geworden war, gegen das Urteil des Landgerichts Köslin, durch welches er wegen Urkundenfälschung und Betrugs in zwei Fällen zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist.

Der große Betrugsprozeß gegen den falschen Dr. Alexander wird voraussichtlich in einiger Zeit vor der Strafkammer verhandelt werden.

## Verband der Maschinisten und Heizer.

Geschäftsstelle Groß-Berlin.

Sonntag, den 7. März 1915, morgens 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelauer 15:

### General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Verwaltungsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Bericht über den Arbeitsnachweis. 4. Verschiedenes.

Jeder Kollege muß pünktlich erscheinen.

Mitgliedebuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Marktplatz 10938, 3578. Bureau: Kungelstraße 30.

Heute Freitag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr: Sitzung der Ortsverwaltung.

## Gewerkschaftshaus

Größtes und vornehmstes Stabliement von Berlin.

Im großen Saal: Arbeiterwanderbund, Lichtbildvorführungen und Vorträge. Anfang des Konzerts um 5 Uhr.

In der Säulenhalle 4 Uhr: Kaffee- u. Promenadenkonzert.

Sonntag, den 6. März 1915: Sonntag, den 7. März 1915:

Baumblüte in der Pfalz.

Abends Spezialitäten.

Gewerkschaftstisch 1 M.

Vierländer Ente m. Kohl 80 Pf.

Gänsebraten mit Kohl 80 Pf.

Kalbsbraten mit Salat 70 Pf.

Freitag und Sonntag:

von 2 bis 6 Uhr, ein sehr billiger Schnellverkauf.

Die Gewerkschaftshaus im Schöneberg.

Ein großer Vorrat feiner Schokolade für die Feldfrauen reichhaltig u. etwas abgerundet im Geschmack a Pfund 1,20 M., Müngelwalder Feinwurst u. Kongreßwurst 1,20 M. Großer

Kuchen geräucherter Schinken u. magerer Speck und Schweinerücken a Pfund 1,20 M., Chinesisch, hier, Schweinefleisch und Hammelfleisch a Pfund 1 M., Roastbeef und Kalbsfleisch und Rierstücke a Pfund 80 Pf., Hausmacher Leberwurst 1,20 M. das Pfund.

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

Speise oder Käse

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**  
Zentrale Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler **Albert Köhler** (Regist. Süden) am 25. Januar verstorben ist. Am 26. Februar starb unser Mitglied, der Maler **Georg Schnittger** (Regist. Osten).  
Ehre ihrem Andenken!  
188/13 Die Ortsverwaltung.

Vorbestern, abends 9 1/2 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden im Krankenhaus Friedrichshagen meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Tante **Frau Martha Ott** geb. Schmidt im 41. Lebensjahre.  
Dies zeigen im Namen der trauernden Hinterbliebenen an mit der Bitte um stillen Beifall **Hermann Ott** und Stinnes.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes, Hermannstr. 179-185, aus statt.

Am Dienstag verstarb plötzlich und unerwartet an Herzschlag unser lieber Kollege **Stephan Müller** im Alter von 64 Jahren. Durch seinen ehrlichen, lauten Charakter hat er sich jederzeit die Achtung der Kollegenchaft erworben.  
Wir werden dem Entschlafenen ein dauerndes Andenken bewahren. **Buchdruckerei-Hilfsverein d. „Deutschen Tageszeitung“.**  
Beerdigung: Freitag, 5. März, mittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Reußstr. 13/14, nach dem Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag, den 28. Februar, nach langem, schwerem Leiden mein im-gegeliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Berufsführer **Reinhold Ringel** im Alter von 49 Jahren infolge einer Lungenkrankheit verschied.  
Dies zeigen hiermit an die trauernden Hinterbliebenen Witwe Lisa Ringel geb. Blumberg nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. März, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße statt. 2021

**Verband der Kupferschmiede Deutschlands.**  
Zentrale Berlin.  
Am 2. März verstarb unser Mitglied, der Kollege **Joseph Müller** im Alter von 28 Jahren an Lungenleiden.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des St. Michaels-Friedhofes, Mariendorfer Weg (Reußstr.-Mariendorfer) aus statt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf!**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker **Julius Döring** am 18. Februar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
110/4 Die Ortsverwaltung.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes sage ich allen Benannten, Kollegen und Freunden, insbesondere für die herzlichen, trostreichen Worte Herrn Balbes Manoffe meinen herzlichsten Dank. 12155  
**Anna Becker,**  
Berlin-Tegel, Schillerstraße 23.

**Wäsche weiche ein in Henkel's Bleich-Soda.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.**  
Am 2. März verstarb unser Parteigenosse **Stephan Müller** (Glasowstr. 13/14. 13. Bezirk).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 5. März, nachmittags 1 Uhr, auf dem Neuköllner Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg, statt.  
Mit rege Beteiligung ersucht  
206/3 Der Vorstand.

**Arbeiter-Turnverein Adlershof.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Turngenosse **Otto Griesert** im Alter von 22 Jahren bei den Kämpfen im Osten gefallen ist.  
Ehre seinem Andenken!

**Möbel**  
Garnitur . . . . . von 120 M.  
Muschelsofa . . . . . von 75 M.  
Walzendiwan . . . . . von 64 M.  
Schlafsofa m. Bettkasten von 85 M.

**Möbel-Magazin Brunnen-Sir. 120**  
Auf Wunsch Teilzahlung

**Arbeiter-Turnverein Adlershof.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Turngenosse **Otto Griesert** im Alter von 22 Jahren bei den Kämpfen im Osten gefallen ist.  
Ehre seinem Andenken!

**Otto Piehl**  
Berlin N.

Kleiderschrank . . . . . von 46 M.  
Bett mit Matratze . . . . . von 42 M.  
Auszugtisch . . . . . von 18 M.

**Bunte Küche**  
schon von 68 M.

Am 27. Februar d. J. starb im Kriegslazarett in Biala an der russischen Grenze infolge einer bei operierender Wundheilung eingetretenen Anämie unser einziges Kind, der Sanitätsgehilfe **Erich Braun** im Alter von 20 Jahren.  
Berlin-Friedenau, 3. März 1915.  
**Otto Braun**  
und Frau.

**Mechaniker-Kittel-Schlosser-Anzüge**  
kaufen Sie am besten und billigsten in dem größten Spezialgeschäft von **Kohnen & Jöring, Arbeits- und Berufs-Kleidung**  
Alexanderstraße 12, Rosenthaler Straße 53, Landsberger Allee 148, Neukölln, Bergstr. 66.

**Möbel-Angebot.**  
Solide Möbelklima liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten Z. 3 an die Expedition des „Vorwärts“.  
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

**Minlos'sches Waspulver**  
von unvergleichbarer Qualität gibt bei geringster Arbeit **blendend weiße geruchlose Wäsche**  
das 1 Pfd. Paket kostet nur 30 Pfg.

**Möbel-Angebot.**  
Solide Möbelklima liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten Z. 3 an die Expedition des „Vorwärts“.  
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 165 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen: Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika. Stab des stellvertretenden General-Kommandos des 9. Armeekorps. Feldintendantur des 2. Armeekorps. Stab der 25. Inf.-Brigade. 1., 2., 3., 4. und 5. Garde-Regiment; 1. und 2. Garde-Reserve- und 2. Garde-Ers.-Regiment; Grenadier-Regiment Franz, Elisabeth und Nr. 5, Garde-Füsilier-Reg.; Garde-Schützen-Bataillon; Grenadier-Regiment Infanterie bzw. Füsilier-Regiment Nr. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Elektrizitätswerke. Die Stadt will hiermit endlich einen Schritt tun, auf den unsere Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung drei Jahrzehnte hindurch immer wieder hingedrängt haben. Seitern beschränkten sich die Redner der einzelnen Fraktionen auf kurze Erklärungen, und die Vorlage wurde dann einem Ausschuss überwiesen.

Einschränkung des Mehlverkaufs.

Vom Nachrichtenbureau des Magistrats erhalten wir nachfolgende Mitteilung: Die Magistrats- und anderen Verwaltungen der zum Groß-Berliner Vorkartensverbande gehörigen Gemeinden haben beschlossen, die gewerbliche Abgabe von Weizen- und Roggenmehl an Verbraucher einschließlich der Speisebetriebe am Freitag, Sonnabend und Sonntag jeder Woche bis auf weiteres zu unterlagen. Das Verbot tritt sofort in Kraft, wird also schon heute früh seine Wirkung ausüben.

Es sind dafür folgende Erwägungen maßgebend gewesen: In sehr vielen Stellen ist die Beobachtung gemacht worden, daß die Hausfrauen an den letzten Wochentagen unvernünftige Abschnitte der Vorkarten dazu benutzen, um Mehl auf Vorrat für eine längere Zeitdauer zu kaufen. Das ist mit den Absichten der Vorkarte und mit dem Zwange der Lage gänzlich unvereinbar. Zunächst wird allgemein mit Bestimmtheit erwartet, daß der Teil der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden wöchentlichen Proimenge, welchen die einzelne Familie nicht verbraucht, weil sie imstande ist, sich andere Nahrungsmittel zu verschaffen, der Allgemeinheit erhalten bleibt und nicht zu selbstfälligen Sparzwecken zurückgelegt wird. Die zugemeffene Brot- und Weimenge ist für die minderbemittelten Kreise der Bevölkerung unentbehrlich, dagegen ist sie für einen nicht unbeträchtlichen Teil der wohlhabenderen Bevölkerung reichlich bemessen. Demgemäß ist damit gerechnet, daß dieser Teil der Bevölkerung von der wöchentlichen Rente einen erheblichen Teil unbenutzt läßt. Tatsächlich ist denn auch schon ein ebler Wettbewerb entstanden, Abschnitte der Vorkarte, ja bei größeren Familien ganze Vorkarten unverbraucht zurückzugeben. Nur so läßt es sich ermöglichen, daß die Gemeinde mit der Durchschnittsmenge auskommt, weil sie neben den Bäckern beispielsweise auch noch die Konditoren, teilweise auch Teigwarenfabriken mit Mehl versorgen muß. Wenn aber dem entgegen zahlreiche Bürgerfamilien die Vorkarten zum Aufspeichern von Mehl mißbrauchen, so wird die Möglichkeit einer gerechten Verteilung vereitelt.

Es kommt noch ein zweites hinzu: Auf der Groß-Berliner Vorkarte sind die zulässige Weimenge und Proimenge einander völlig gleichgestellt. Das konnte geschehen, weil durchschnittlich der Mehlverbrauch zum Brotverbrauch im Verhältnis etwa von 1 zu 10 steht. Wird jedoch der Mehlverbrauch gesteigert, so ergibt sich eine ungerade und unübersichtliche Begünstigung des Mehlkaufs, weil aus einer bestimmten Menge Mehl eine größere Gewichtsmenge Brot hergestellt wird. Deshalb wird auch in der veränderten Vorkarte, welche demnächst unter Zugrundelegung einer täglichen Kopfmenge von nur 200 Gramm ausgegeben werden soll, die Gleichstellung von Mehl und Brot keinesfalls aufrechterhalten bleiben, vielmehr der Bezug von Mehl wesentlich erschwert werden. Bis das geschieht, bedarf es der jetzt ergangenen Anordnung, welche verhüten soll, daß am Schluß jeder Woche ein Ansturm auf die Mehlvorräte stattfindet.

Zeitungs-handel am Sonntag.

Volfs Telegraphen-Bureau meldet amtlich: Das Oberkommando in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung:

Die für Sonntags erteilte Genehmigung vom 1. Oktober v. J. zur Herausgabe von Zeitungen und zum Handel mit Zeitungen auf der Straße und in offenen Verkaufsstellen wird hiermit — im Interesse einer teilweisen Sonntagruhe der im Zeitungsgewerbe tätigen Personen — zurückgezogen. Ich gestatte aber bis auf weiteres, daß sämtliche im Landespostbezirk Berlin erscheinenden Zeitungen außer am Sonntag früh auch am Sonntagmittag herausgegeben und in Verkaufsstellen und auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen bis 3 Uhr nachmittags mit Ausschluß der für den Hauptgottesdienst bestimmten Zeit feilgeboten werden.

Die Herstellung und Verbreitung von Extrablättern, welche lediglich die amtlichen Mitteilungen vom Kriegsschauplatz enthalten, ist an Sonntagen in allen Tagesstunden ohne weiteres zulässig.

Der Oberbefehlshaber in den Marken. gez. v. Kessel, Generaloberst.

Gegen Hebertenerung.

Amtlich. Berlin, 4. März. (B. Z. B.) Es ist beobachtet worden, daß in letzter Zeit der Verkauf von Kartoffeln und Mehl in den Läden und sonstigen Verkaufsstellen teilweise davon abhängig gemacht wird, daß die Käufer zugleich oder vorher noch andere Waren, und zwar meist zu ungebührlich hohen Preisen, in derselben oder in einer anderen Verkaufsstelle einkaufen. Der Zweck solcher Geschäftskünfte geht offenbar dahin, das laufende Publikum erheblich zu übervorteilen.

Es besteht keinerlei berechtigter Anlaß, den Verkauf von Mehl oder Kartoffeln von dem gleichzeitigen oder vorherigen Ankauf anderer Waren abhängig zu machen.

Wie wir hören, hat deshalb der Oberbefehlshaber in den Marken die Berliner Polizeibehörden angewiesen, gegen jeden Händler, der sich an derartigen unlauteren Vorgehensweisen beteiligt, auf das strengste einzuschreiten und die betreffenden Geschäfte und Verkaufsstellen sofort zu schließen. Dem tausenden Publikum kann daher nur empfohlen werden, jeden Versuch derartiger unlauterer Geschäftsgewinnung sofort der Polizei anzuzeigen.

Zur Schöneberger Brotpreiserhöhung.

In „Schöneberger Tageblatt“ vom 4. d. M. wendet sich in einer längeren Zuschrift der Obermeister der Schöneberger Bäckereierinnung gegen unsere Ausführungen zu der Schöneberger Brotpreiserhöhung. Er behauptet, es sei allerdings richtig, daß die Bäder für 11,50 R. pro Doppelzentner Mehl von der Stadt bekommen haben, aber nur kurze Zeit. Dann hätten sie wesentlich höhere Preise zahlen müssen. Auch in Reußlau hätte die Mehlversorgung nur kurze Zeit gedauert. Der Obermeister geht dann auf die hohen Unkosten der Bäckereien im Westen ein und kommt zu dem Resultat, daß die jetzige Produktion, die nur drei Viertel der früheren betragen darf, nicht mehr die Unkosten deckt. Er sagt dann weiter, daß bei einer so ungeheuren Preissteigerung der Bäckereiprodukte und einer darauffolgenden Preissteigerung durch die Bädermeister, nicht die Bäder, sondern diejenigen verantwortlich gemacht werden sollen, die solche Mißstände verlangen.

Zum Schluß macht uns der Schreiber noch den Vorwurf, daß wir den sozialistischen Grundgedanken: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert“, nicht anerkennen, weil wir nicht die Arbeit berücksichtigt haben, die jetzt den Bäckern durch die Ausgaben der Vorkarten entstanden ist. Dann sollen wir noch gegen die Bädermeister, die kaum das Sattessen haben, wegen Hebertenerung der Bevölkerung nach dem Büttel gerufen haben.

Wir haben darauf nur wenig zu entgegnen. Unser Reußlaue Beispiel bewies zunächst, daß es bei einem Mehlpreise von 41,50 R. möglich sei, ein Dreipfundbrot für 60 Pf. zu liefern. Selbst wenn die Bäder einige Mark dafür mehr gezahlt haben sollten, dann war es immer noch nicht nötig, das Dreipfundbrot, das ja schon 68 Pf. kostete, noch weiter zu verteuern. Der Einspruch, daß in Reußlau die Preude nicht lange gedauert habe, ist auch nicht richtig, da Reußlau durch die Beschlagnahme seiner Getreidevorräte gehindert wurde, die Mehllieferung fortzusetzen. Auch der Einspruch, daß die größeren Unkosten im Westen die Erhöhung bedingten, war bisher nicht zutreffend, denn nach einer für den Januar aufgestellten Statistik des Berliner Polizeipräsidiums stand bisher Schöneberg mit seinen Brotpreisen von den Städten Groß-Berlins an zweitniedrigster Stelle.

Wenn weiter gesagt wird, daß die Bädermeister enorm im Preise gestiegen seien, so trifft doch diese Tatsache für die übrigen Bädermeister in Berlin und den Vororten ebenfalls zu und ist kein Vorwand zu einer besonderen Preisermäßigung für Schöneberger Bäder. Der Hinweis, daß wir uns in erster Linie gegen die Mehlhändler wenden sollten, ist überflüssig, da wir dort den Mißstand ebenfalls energisch bekämpfen haben. Wenn nun der Obermeister gegen uns noch geltend macht, wir hätten nach dem Büttel gerufen, so verwechselt er die Begriffe. Wir haben lediglich verlangt, daß bestimmte Brot- und Gewichtspreise festgesetzt werden, damit die Bevölkerung vor Hebertenerung geschützt werde. Diese Forderung ist ganz selbstverständlich. Und wenn die Schöneberger Bäder so uneigenmächtig sind, wie sie behaupten, so haben sie sicherlich solche Festsetzungen nicht zu fürchten. Genau so wie jedem Arbeiter gönnen wir natürlich auch den Bäckern ihren Verdienst, wir wenden uns nur dagegen, daß in dieser teuren Zeit noch einzelne Gruppen Extraprofite heraus schlagen wollen.

Eine Erhebung über die Vorräte an Fleischbaugewaren wird in Charlottenburg gelegentlich der Neuverteilung der Vorkarten vorgenommen. Sowohl die Privathaushaltungen wie die Fleischer und Händler mit Fleischbaugewaren werden aufgefordert, die Vorräte an geräucherter Schinken und Speck, geräucherter und gepökeltem Fleisch und Dauerwurst anzugeben. Der Magistrat hat lediglich ein Interesse daran, einen Überblick über die Vorräte an Fleischbaugewaren zu erhalten. An eine Beschlagnahme oder Enteignung der Vorräte ist nicht gedacht.

Erste Etatlesung in Charlottenburg.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung brachte am Mittwoch der Stadtkämmerer Scholz den Etat für 1915 ein. Wir haben die wichtigsten Einzelheiten dieses „Kriegsetats“ bereits mitgeteilt und können uns deshalb darauf beschränken, aus der Rede des Kämmerers hinzuweisen, daß die unmittelbaren Kosten des Krieges, vor allem die Kosten für die Familienunterstützungen und für die Lebensmittelversorgung bei dem Etat außer Anschlag geblieben sind. Die Frage der Deckung dieser Kosten, deren Höhe sich noch gar nicht übersehen läßt, bleibt vorläufig offen. Wahrscheinlich wird später für diesen Zweck eine besondere Anleihe aufgenommen werden. Die Finanzlage Charlottenburgs ist keineswegs günstig zu nennen, mit Ausbruch des Krieges sind die Einnahmen aus den Steuern wesentlich herabgegangen und die Nebenschäfte aus den Werken sind um Sinken begriffen. Die Folge davon ist, daß jetzt auf allen Gebieten größte Sparsamkeit geübt werden soll. Trotzdem wird man um eine Erhöhung der Steuerzuschläge nicht herumkommen, der vom Magistrat vorgeschlagene Satz von 140 Prozent ist zwar höher, als der in Berlin und einigen Vororten, aber trotzdem ist es fraglich, ob die 140 Proz. ausreichen, um die unbedingt notwendigen Kulturaufgaben zu lösen. Es wird abzuwarten sein, ob der Appell an die Opferwilligkeit der Bürger, mit dem der Kämmerer seine Rede schloß, überall den richtigen Widerhall findet.

Wir füchten darauf, daß der Etatsauschuss noch am demselben Abend seine Arbeiten beginnen wolle, waren die Fraktionen übereingekommen, diesmal von einer Generaldebatte abzusehen. Was zu sagen ist, wird im Etatsauschuss und in der zweiten Lesung im Plenum gesagt werden, die schon in der nächsten Sitzung stattfinden soll. Nur der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Franke fügte den Worten des Kämmerers einige allgemeine Bemerkungen hinzu.

Entschieden nahm die Versammlung entsprechend den Anträgen der Ausschüsse die Vorlagen betr. Gründung einer städtischen Niedersparlehnskasse und betr. die Unterstützung der Säuglingsklinik in der Christstrasse aus städtischen Mitteln an. Ebenso einstimmig bewilligte sie weitere zwei Millionen Mark zur Beschaffung von Nahrungsmitteln, nachdem Genosse Geber eine scharfe Kritik an den Mißständen auf dem Kartoffelmarkt geübt hatte. Schließlich wurden noch die Mandate der in den letzten Ersatzwahlen gewählten Stadtverordneten für gültig erklärt.

135 Proz. Gemeindesteuern in Wilmersdorf.

Der Vorschlag der Stadtgemeinde Wilmersdorf für das Rechnungsjahr 1915 schließt in der ordentlichen Verwaltung in Einnahme und Ausgabe mit 16 770 400 R. ab; das ist gegenüber dem Rechnungsjahr 1914 ein Mehr von 702 300 R. Der Gemeindesteuerzuschlag ist dabei von 110 Proz. auf 135 Proz. erhöht worden. In den übrigen Steuerarten tritt eine Verringerung nicht ein.

Kartoffelverkauf der Gemeinde Niederschönhausen.

Die von der Gemeinde angekauften Kartoffeln werden nur an Gemeindeglieder gegen Vorlegung eines Ausweises (Steuerkarte, Mietvertrag usw.) abgegeben. Bis zur endgültigen Regelung der Verteilung werden vorläufig nur 20—50 Pf. an einen Haushalt verkauft. Später soll die Quantität bis zu 3 Zentner für einen Haushalt erhöht werden. Der Verkauf findet täglich von 1—6 Uhr auf dem Wasserwerks-Grundstück, Eingang Uhländstraße, statt und beginnt am heutigen Tage. Der Preis ist einstweilen auf 60 Pf. für 10 Pf. festgesetzt worden. Den Anordnungen der Ordner ist unbedingt Folge zu leisten.

Verheerungen durch Eisdruck. Der starke Eisdruck, der diesmal auf dem Havelsee beobachtet worden ist, hat dort an vielen Stellen große Verwüstungen angerichtet. Durch einen anhaltenden Süd- und Südwestwind ist der größte Eisdruck auf die Friedrichshäger Seite verlegt worden und hat an diesen Uferseiten die meisten Verheerungen verursacht. Eine Reihe von Landungsbrücken vermochten der Gewalt der anstürmenden Eismassen nicht standzuhalten und gingen in Trümmer. Die Wasedöcke Freiabdrücke wurde vollständig zerstört. Hier hatten sich die Eisblöcke bis über die Brücke hinweggeschoben. Auch die vielen Bootstiege haben sehr gelitten.

Eine ganze Familie durch Gas vergiftet.

In großer Lebensgefahr schwebte der Portier Hermann S., Schloßstr. 99 zu Steglitz mit seiner Familie. S. hatte vor dem Schlafengehen den in der Wohnung befindlichen Gasofen nicht ordentlich geschlossen, so daß in der Nacht das Gas das Zimmer füllte. Erst früh morgens fiel anderen Hausbewohnern ein verdächtig Gasgeruch auf. Als man darauf in die Wohnung des Portiers einbrach, fand man S. und seine Angehörigen leblos im Bette liegend auf. Nach stundenlangen Bemühungen eines hinzugerufenen Arztes und durch Mannschaften der Sanitätskolonne konnten die Bewußtlosen wieder ins Leben zurückgerufen werden. Sie liegen jetzt alle krank dantier.

Ettlichkeitsverbrechen an einem fünfjährigen Kinde. Beim Einholen wurde das fünfjährige Töchterchen des Kaufmanns St. aus der Rogatzstraße zu Reußlau von einem Manne auf der Treppe an-

Aus Groß-Berlin.

Was soll zur Kartoffelversorgung geschehen?

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es gestern zu einer Aussprache über die Kartoffelversorgung, deren Schwierigkeiten die minderbemittelte Bevölkerung ja in den letzten Wochen zur Genüge kennen gelernt hat. Eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, was der Magistrat zur Abhilfe tun wolle, wurde begründet von unserem Genossen Wurm, der mit aller wünschenswerten Rücksichtslosigkeit die Sachlage beleuchtete. Er zeigte, daß es so nicht weiter gehen kann, sondern die Gemeinden an die Regierung herangehen müssen, um von ihr zu fordern, was allein Abhilfe erwarten läßt: die Festsetzung von Höchstpreisen auch für den Großhandel und das Beschlagnahmerecht für die Gemeinden. Die Notwendigkeit, den Preissteigerungen des Großhandels entgegenzutreten, wurde auch vom Magistratsvertreter Stadtrat Fischbeck anerkannt, doch hält er Beschlagnahme ohne zentrale Organisation nicht für durchführbar. Bei Wiederholung der Hebertenerungen, die sich für die Kartoffelversorgung infolge Zurückhaltung der Vorräte ergeben haben, würden die Gemeinden die Regierung anrufen müssen. In der weiteren Debatte gaben die Freisinnredner Cassel und Rommensen gleichfalls zu, daß in der Kartoffelversorgung Schwierigkeiten aufzutreten sind, deren Beseitigung man wünschen muß. Auch Oberbürgermeister Bernuth griff noch in die Debatte ein; er kündigte eine allerneueste Maßregel zur Einschränkung des Mehlverbrauches an, die sofort in Kraft tritt. Vorgelegt wurde in derselben Sitzung der Magistratsantrag betreffend den Erwerb der Berliner

gebrochen und bergewalligt. Der Täter hat schwarzes Haupthaar und schwarzen Schnurrbart. Bei sich hatte er einen kurzhaarigen schwarzen Hund.

### Kampf mit einem Einbrecher.

Einen gefährlichen Kampf hatte am Mittwochmorgen der Gastwirt Drivat aus der Märkischenstraße in Südende zu bestehen. Er hörte morgens zwischen 5 und 1/6 Uhr ein Geräusch aus seinem Bierkeller bringen, den er darauf von der Straße aus verließ. Der Dieb benutzte einen anderen Ausgang, der nach dem Laden führte und sprang dann von einem danebenliegenden Zimmer auf die Straße. Als D. ihn hier stellen wollte, zog der Einbrecher einen Revolver und gab zwei Schüsse auf jenen ab, die den Gastwirt nur ungefährlich verletzten. Jetzt verlegte Drivat dem Angreifer mit einer Luftpumpe einen Schlag über den Kopf, worauf dieser die Flucht ergriff und auch entkam.

### Warnung für Arbeitslose.

Am Mittwoch erschien im Arbeitsnachweis der Berliner Hausdiener, Alte Leipziger Str. 1, ein angeleglicher Angestellter, der zwei tüchtige Glasputzer mit besonders guten Zeugnissen und einen Hausdiener engagierte. Die beiden Putzer wurden sofort nach der Brüderstraße geschickt, um dort ihre Beschäftigung aufzunehmen. Mit dem Hausdiener, der auch Dreiradfahrer ist, ging er zu einer Firma in Alt-Moabit. Untertweg nahm er dem Neugeworbenen Invalidentafel und die Zeugnisse ab. An Ort und Stelle angelangt, wurde dem Engagierten bedeutet, einen Handwagen vom Hof zu nehmen und auf die weiteren Aufträge zu warten. Nach längerer Wartezeit erlaubte sich der Hausdiener bei der Firma und erfuhr, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen war. Die entwendeten Papiere lauten auf den Namen Ferdinand Rantow, geboren 28. 9. 93, Berlin.

### Die gestörte Kindtaufe.

In recht peinlicher Weise wurde eine Kindtaufe gestört, die am letzten Sonntag in einem Vorort stattfand. Die Mutter des Täuflings wollte mit der Bewirtung ihrer Gäste Ehre einlegen und ließ es an nichts fehlen. Als besondere Überraschung gelangte ein großer selbstgebackener Kuchen auf die Festtafel, der angesichts der jetzigen Mehlverhältnisse die Bewunderung der Gäste erregte. Als man nun gerade im Begriff war, den Kuchen zu verzehren, erschien zum Entsetzen der Teilnehmer plötzlich ein Polizeibeamter auf der Bildfläche, der sich zunächst höflich eine Kostprobe des leckeren Gebäcks ausbat und dann den Kuchen beschlagnahmte, da die Mehlzusammensetzung nicht den bestehenden strengen Vorschriften entsprach. Neben dem Verlust des Kuchens droht nun obendrein ein Strafmandat.

### Der „taubstumme Künstler“ und der „lungenkranke Schneider“.

Ein sauberes Verbrechergespinnst hat die Kriminalpolizei in Zehlendorf verhaftet. Seit einiger Zeit traten in den westlichen Nachbarorten zwei frauwürdige Gestalten auf, von denen der eine sich als taubstummer Künstler und der andere sich als lungenkranke Schneider ausgab. Die beiden führten auch ein entsprechendes Schreiben mit sich, das gewissermaßen als Vortitel galt. Das Manöver mit dem Vortitel war jedoch nur die „Vorbereitung“ für spätere ausführenden Einbrüche. Als Bettler verschafften sich die Diebe die nötigen Ortskenntnisse, und sie „haldowerten“ dann die günstigen Gelegenheiten zur Ausführung der Einbruchsdiebstähle aus. Auf diese Weise glückte es ihnen in zahlreichen Fällen, Wohnungseinbrüche zu verüben, ohne gefast zu werden. In Zehlendorf wurden die beiden aber jetzt doch von ihrem Schicksal ereilt und verhaftet. Es handelt sich, wie die Ermittlungen ergaben, um zwei schwere Berliner Jungen, die dem Moabitler Untersuchungsgefängnis zugeführt wurden.

### Die Volkstheater und Reinhardt.

Kurz vor Schluß der Redaktion geht uns nachstehende Mitteilung zu: Max Reinhardt hat sich nach Beratung mit dem Ausschuss des Deutschen Theaters prinzipiell entschlossen, das Anerbieten der Vereinigten Volkstheater anzunehmen und vom 1. September 1915 ab die Direktion der „Volkstheater, Theater am Bülowplatz“ auf zwei Jahre zu führen. Voraussetzung dafür ist, daß noch über einige Punkte, wie zu erwarten ist, eine Einigung erzielt wird. Außer den Abonnements-Vorstellungen für die Mitglieder der Vereinigten Volkstheater, bei denen auch ein festgesetzter Teil der Eintrittskarten zum öffentlichen Verkauf gelangt, werden am Freitag, Sonnabend und Sonntag jeder Woche Sonderaufführungen veranstaltet. Für diese haben die Abonnementskarten der Vereinigten Volkstheater keine Geltung. Selbstverständlich wird im „Theater am Bülowplatz“ das Personal des Deutschen Theaters und der Kammertheater tätig sein. Es befehrt keines besonderen Hinweises, daß Max Reinhardt bei der künstlerischen Leitung vollkommen unabhängig ist. Die Wahl der Stücke für die Abonnements-Vorstellungen der Vereinigten Volkstheater wird gemeinsam getroffen.

Der Brand eines photographischen Ateliers beschäftigte die Berliner Feuerwehre in der Nacht zum Donnerstag in der Leipziger Straße 119/120. Die Gefahr wurde erst um Mitternacht beseitigt. Als die Wehre an der Brandstelle ankam, stand das Atelier „Elite“ von Rosenberg u. Co. schon total in Flammen. Ueber mechanische Leitern und die Treppen wurde mit mehreren Schlauchleitungen angegriffen. Es gelang, eine weitere Ausdehnung zu verhüten. Die Entstehung war nicht aufzuklären.

**Kleine Nachrichten.** Der 36 Jahre alte Keger Charles Redlich wurde Dienstagabend auf dem Hausflur des Grundstücks Rothringstraße 59 hilflos aufgefunden und nach der benachbarten Rettungswache gebracht. Dort starb er bald nach dem Eintreffen des Arztes an Entkräftung. — Ein Straßenunfall ereignete sich gestern vormittag gegen 10 Uhr an der Kreuzung der Köpenicker- und Neanderstraße. Ein Wäschewagen fuhr mit einem Radfahrer zusammen. Bei dem Anprall wurde das Rad zertrümmert und die Radwaren auf den Straßendamm geschüttelt. Der Radfahrer, der mit seinem Rade unter die gefürzten Pferde des Wagens zu liegen kam, erlitt Verletzungen am rechten Bein und wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht. — An der Ecke der Potsdamer- und Kurfürstendammstraße scheuten Mittwochabend gegen 1/2 Uhr die Pferde eines Kohlenwagens und gingen durch. Dabei wurde das Gefährt gegen einen heranrückenden Straßenbahnwagen geschleudert, und bei dem Anprall stürzte der Kutscher Emil Schmidt von seinem Sitz und zog sich eine klaffende Wunde am Hinterkopf zu. Der Verunglückte wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht.

**Berliner Asyl-Verein für Obdachlose.** Im Monat Februar nährigten im Männer-Asyl 13 941 Personen, im Frauen-Asyl 2153 Personen.

**Märchenvorlesung.** Sonntag, den 7. März, von 1/4 bis 1/2 Uhr, findet die nächste Märchenvorlesung in der Lesehalle der Gesellschaft für ethische Kultur, Rungestr. 25, statt. Eintritt frei, auch für Erwachsene.

**Verloren.** Bei der Befichtigung des Admiralpaaltes am Sonntag, 28. Februar, ist ein Damenportemonaie mit Inhalt verloren gegangen, das selbe ist in der „Vorwärts“-Expedition Markuststr. 36, abzugeben.

## Bewerkschaftliches.

### Arbeiterschutz auch in der Kriegszeit?

Wenn auch die allgemeine Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen stark abgenommen hat, so liegen doch immer noch Tausende von Arbeitskräften brach, die bei richtiger Einteilung der Arbeit sehr gut noch Beschäftigung erhalten könnten. Da es sich hierbei aber in der Hauptsache um Personen handelt, deren eigentliches Gewerbe infolge des Krieges danniederliegt und die sich deshalb einem anderen Beruf zuwenden müssen, scheuen viele Arbeitgeber die Unbequemlichkeit des Anlernens und suchen sich lieber durch Einlegen von Ueberstunden und stärkere Heranziehung ihrer jugendlichen Arbeitskräfte zu helfen. Dabei werden vielfach die Grenzen überschritten, die die Gewerbeordnung den Unternehmern hinsichtlich der Arbeitszeit nach dem Geschlecht und Alter der Arbeiter auferlegt. Dieses Verfahren findet allerdings eine rechtliche Stütze in dem für die Kriegszeit erlassenen Gesetz vom 4. August 1914, das den oberen Verwaltungsbehörden gestattet, auch für Arbeiterinnen und Jugendliche unter 16 Jahren eine Arbeitszeit über das bisherige Höchstmaß von 10 Stunden täglich hinaus und während der Nachtzeit zuzulassen. Aber es ist doch außerordentlich zweifelhaft, ob durch eine ausgedehnte Benutzung dieser Möglichkeit nicht mehr Schaden als Nutzen gestiftet wird. Jedenfalls trifft es durchaus unsere Meinung, wenn Gewerbeinspektor Morgner zu dieser Frage in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“ ausführt:

„So sehr man diesen Gesichtspunkten (die für den Erlaß des Gesetzes maßgebend waren) in der ersten Kriegszeit, die das Einsetzen aller Kräfte erheischt, beipflichten muß, so bleibt es doch erforderlich, daß um diese Ausnahme nicht nachgesucht wird, wenn durch die Einstellung von geeigneten Arbeitskräften der Leber- und Nachtarbeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter vorgebeugt werden kann, damit die Zahl der durch den Krieg beschäftigungslos gewordenen Arbeiter auf ein Mindestmaß verringert wird.“

Dazu kommt noch die anerkannte Tatsache, daß Nacht- und übermäßig lange Arbeitszeiten regelmäßig die Unfallgefahr erheblich steigern, ganz zu schweigen von der unbedingten Notwendigkeit, gerade jetzt, wo so viele blühende Menschenleben vernichtet werden, der Gesunderhaltung der übrigen Arbeitskräfte — und ganz besonders des Nachwuchses — doppelte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

### Berlin und Umgegend.

Das Gießen von Granatzündern ist eine Teilarbeit in der Geschloßfabrikation und wird zum Teil in Betrieben hergestellt, die sich erst während des Krieges auf diese Arbeit eingerichtet haben. Auch die Arbeiter, welche jetzt Granatzünder gießen, haben meistens im Frieden ganz andere Artikel hergestellt. So haben die Zink-, Zinn- und Bleigießer durch den Gieß von Granatzündern reichlich Beschäftigung, aber ihre Entlohnung gibt vielfach Ursache zur Unzufriedenheit. Als diese Tätigkeit einsetzte, beschloßen die mit Granatzündergießen beschäftigten Arbeiter, einen Anfordersatz von 8 Pf. pro Stück zu fordern. Hierauf haben aber die Unternehmer die Löhne so gedrückt, daß der Lohnsatz von 8 Pf. nur noch in zwei Fabriken gezahlt wird, während in den anderen Betrieben nur 6 Pf., meist sogar 5 oder 4 Pf. gezahlt werden, was die Arbeiter als unzureichend ansehen. Eine am Sonntag abgehaltene Versammlung der betreffenden Branche beauftragte die Leitung des Metallarbeiterverbandes, durch Verhandlungen vor dem Kriegsausbruch der Metallindustrie eine einheitliche Festsetzung ausreichender Löhne herbeizuführen.

### Wäschearbeiter und Arbeiterinnen.

Die Wäschefabrikanten hatten sich zwar zu Anfang des Krieges auf den Standpunkt gestellt, keine Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten zu lassen. Dennoch haben einige von ihnen den Versuch gemacht, auf indirektem Wege Änderungen zuungunsten der Beschäftigten einzuführen. An erster Stelle in dieser Hinsicht steht die ohnehin durch besonders schlechte Lohnverhältnisse bekannte Firma Cohn u. Ellenburg, Schönhauser Allee. Schon wiederholt mußte sich die Öffentlichkeit mit deren Betrieb beschäftigen. Dort waren sowohl in der Abteilung Näherei, als auch in der Plätterei die tariflich festgelegten Löhne nach Kriegsausbruch um ein Drittel und mehr herabgesetzt worden. Dagegen wehrten sich die Betroffenen natürlich ganz entschieden, mit dem Erfolg, daß die Firma durch Urteil des Gewerbegerichts zur Nachzahlung von circa 600 M. gekürzter Löhne gezwungen wurde. In einem anderen Falle hat es die Firma daraufhin vorgezogen, freiwillig über 400 M. nachzuzahlen. Aber einige weitere Forderungen in zusammen etwa gleicher Höhe bestehen noch Differenzen. Die Firma wird sicher gut tun, auch hier schleunigst nachzugeben. Leider steht die Firma nicht allein. Auch andere Fabrikanten haben ähnliche Versuche unternommen, die glücklicherweise zum größten Teil abgewehrt werden konnten, zum Teil noch ihrer Erledigung harren.

Der Beschäftigungsgrad ist kein ungünstiger, obwohl es nicht möglich gewesen ist, Militärarbeiten in nennenswertem Umfang zu bekommen, und es besteht die begründete Aussicht, daß auch künftig genügende Arbeitsgelegenheit vorhanden sein wird. Der Verband ist nun auch in der angenehmen Lage, vom 1. März ab wieder die Unterhaltungsätze voll gewähren zu können, die bei Kriegsbeginn ermäßigt wurden. Das wiegt um so schwerer, als die Organisation in der Kriegszeit 338 064 M. an außerstatutarischen Unterhaltungen geleistet hat.

Die Militärfaktler nahmen am Mittwoch in einer starkbesuchten Versammlung eine Erläuterung des neuen Reichsstatistik für die Lederwarenindustrie Deutschlands vor. Einzelne Posten mußten noch besonders besprochen werden, um Mißverständnissen und Differenzen in der Werkstatt vorzubeugen. Dabei kann festgestellt werden, daß einzelne Fabrikanten auf Grund des neuen Tarifs an bestimmten Abfertigungen Abzüge vornehmen konnten, daß sie aber andererseits sich nicht dazu verstehen wollen, den Hilfsarbeitern und weiblichen Personen den zutreffenden Grundlohn zu zahlen. Es muß darauf hingewirkt werden, daß erst die Zulagen geregelt werden, ehe mit den Abzügen begonnen wird. Insbesondere sollen sich die Lohnarbeiter keinerlei Abzüge gefallen lassen. In der Diskussion kam auch zur Sprache, daß ein Teil der Firmen und Zwischenmeister auch jetzt noch nicht die tariflichen Löhne zahlt.

### Deutsches Reich.

#### Die Konjunktur in der Hutfabrikation.

In Mitgliederkreisen des Hutmacherverbandes ist der Wunsch ausgesprochen worden, die Verbandsleitung möge die Einschränkungen, welche das Unterhaltungsweisen nach dem Ausbruch des Krieges erfahren hat, wieder aufheben oder doch mildern, weil ja die Arbeitslosigkeit in der Hutindustrie nur gering sei. Richtig ist, daß infolge der Einführung von Hilfskräften reichlich Arbeitsgelegenheit für Hutmacher geboten wurde. Die Verbandsleitung würde den Wünschen der Mitglieder gern entgegenkommen, wenn damit gerechnet werden könnte, daß die gute Konjunktur, welche bis jetzt noch herrscht, andauert. Das scheint aber — wie in einer Berliner Mitgliederversammlung des Hutmacherverbandes angeführt wurde — leider nicht der Fall zu sein. Man erwartet vielmehr, daß in nächster Zeit wieder eine starke Arbeitslosigkeit eintreten wird. Die Militärarbeiten gehen zu Ende. In der Wollebranche kann sich ein lebhafter Geschäftsgang nicht entwickeln. Die Fabri-

lation von Wolle kann sich zurzeit nur auf die Weiterverarbeitung der vorhandenen Lagerbestände von Halbfabrikaten (Stumpen) erstrecken. Die Haar- und Seidenindustrie liegt seit Beginn des Krieges völlig danieder und kann auf ein Aufleben des Geschäftes vorläufig nicht rechnen. Es bleibt nur noch die Strohhutindustrie übrig, die vielleicht auf einen leidlichen Geschäftsgang hoffen kann. — Die Verbandsleitung hat für das ganze Reich eine Erhebung angeordnet, durch die festgestellt werden soll, wie viele Mitglieder derzeit in Arbeit stehen, und wie sich die Arbeitsgelegenheit voraussichtlich in der nächsten Zukunft gestalten wird. Von dem Ergebnis dieser Erhebungen wird es abhängen, ob der Verband sein gegenwärtiges Unterhaltungsweisen den Wünschen der Mitglieder entsprechend ändern kann.

#### Kriegsgefangene als Gerbereiarbeiter.

In den Gerbereien werden jetzt ebenfalls Kriegsgefangene beschäftigt. Die gefangenen Russen, Franzosen, Belgier usw. werden nach der „Lederarbeiter-Zeitung“ in den Gerbereibetrieben meist zu Hilfsarbeiten verwendet, die jeder beliebige, dem Gerbereiberufe fremde Arbeiter ebenfalls verrichten kann. Da in Deutschland noch Hunderttausende von freien Arbeitern keinen Erwerb finden können, fordert die „Lederarbeiter-Zeitung“, daß diese in erster Reihe zur Beschäftigung herangezogen werden und die Militärbehörden nicht etwa Firmen Gefangene zuweisen, deren Arbeitsmangel nur die Folge mangelhafter Bezahlung ist. Die Lederfabrikanten können sehr wohl Arbeitslöhne bezahlen, bei welchen ein freier Arbeiter zu bestehen vermag.

### Ausland.

#### Das Genter System in Bulgarien.

Die Arbeitslosenfürsorge stellt an die bulgarische nicht glänzend gestellten bulgarischen Gewerkschaften immer größere Anforderungen. Die Arbeitslosigkeit steigt infolge Daniederliegens des Wirtschaftslebens und die Not der Arbeiter wird als sehr groß bezeichnet. Den an sie herantretenden Forderungen können die Gewerkschaften nicht nachkommen. Abgesehen von der Veranstaltung öffentlicher Sammlungen wenden sie sich an die Kommunen. Das Gemeindefolgeamt von Sofia hat beschlossen, den Gewerkschaften den Betrag von 2000 Franc für die Zwecke der Arbeitslosenunterstützung zu bewilligen. Der Betrag soll von einer zu diesem Zweck eingesetzten Kommission unter den Gewerkschaften nach Maßgabe der von ihnen für den gleichen Zweck verausgabten Mittel verteilt werden. Dieser erste Schritt auf dem Wege zum Ausbau der Arbeitslosenfürsorge ist ganz besonders in Bulgarien bemerkenswert.

## Kleine Nachrichten.

### Eine temperamentvolle Sibylle.

Die Wahrsagerinnen und Kartenanschlägerinnen in Paris haben jetzt gute Zeiten. Victor Suell, der in der „Humanité“ so manche Kriegsklaster der Pariser mit seinem leeren Witz geißelt, hat kürzlich auch auf diesen Unfug — schon mit Rücksicht darauf, daß auch die Armen keine Opfer sind — hingewiesen und nach Abhilfe gerufen. Eine Sibylle, die sich in ihrem Berufszweck getroffen und mehr noch in ihrem Geschäft bedroht fühlt, hat ihm das sehr übel genommen und ihn mit folgender temperamentvollen Zuschrift bedacht:

„Ein Zufall hat mir den Artikel der „Humanité“ über die Wahrsager und Kartenlegerinnen in die Hände gespielt. Hören Sie nun, Sie geifernde Wüßling, daß das Gewerbe, das ich ausübe, auf Jahrhunderte zurückblickt und ihm daher ein Geis, wie Sie einer sind, nichts anhaben kann.“

Natürlich gibt es verschiedene Sorten von Kartenausschlägerinnen, solche, die solche Geis wie Sie z. B. sind, und andere, die ihr Meier wohl verstehen und, ohne daß sie gerade unfehlbar sind, keinen Menschen betrügen. Die jetzigen Zeiten sind traurig genug, lassen Sie doch jeden leben. Diejenigen, die sich Karten legen lassen, sind auch nicht einfältiger wie andere.

Der Krieg bringt uns gar keine Kunden, im Gegenteil. Sie haben sogar, wie ich bemerkt habe, nach dem Polizeipräsidenten gerufen, damit er dem Beispiel des Berliner Kollegen folgt, der ein Kauz Ihrer Art sein muß. Wenn man Ihnen morgen dafür zahlen würde, damit Sie das Gegenteil sagen, würde eine Verräterseele wie Sie, die sich an den Reistbietenden verkauft, desgleichen Ihre Sozialisten von Berlin und anderwärts auch das tun. Sie aber werden samt Ihren Schweinereien verrecken, während die Wahrsagerkunst fröhlich weiter gedeihen wird. Mögen Sie verrecken, Sie Hund. Damit schließe ich.“

Wirklich ein Temperament, diese treffliche Sibylle.

**Bereitetes Verbrechen.** Durch sein entschlossenes Auftreten ist in Hamburg ein 14-jähriges Mädchen den Händen eines Verbrechers entkommen. Ein am Rogelweg 13 wohnender Kohlenhändler ludte die Tochter einer Frau, bei der er zu Mittag ist, in seine Wohnung. Er erzählte dem Kinde, bei ihm befänden sich noch mehrere Mädchen, mit denen es spielen könne. Diese schickte der Inheld gleich beim Betreten des Zimmers weg und fiel über das Kind her. In ihrer Angst lief die Bedrohte nach dem Fenster, schlug mehrere Scheiden ein und rief um Hilfe. Der Mann rief sie mit Gewalt zurück, konnte es aber nicht verhindern, daß das Kind in seiner Verzweiflung aus dem Fenster sprang. Schwer verletzt wurde es in das Krankenhaus St. Georg gebracht. Auf das Hilfesgeschrei waren Nachbarn und die Polizei herbeigeeilt, die den Wüstling verhafteten. Das Zimmer bot den Beweis, daß zwischen dem Manne und seinem Opfer ein heftiger Kampf stattgefunden hatte.

### Jugendveranstaltungen.

**Pankow-Niederbachhausen.** Heute Abend Vortrag im Jugendheim mit anschließender Diskussion.  
**Steglitz-Friedenau.** Heute Abend 8 Uhr im Jugendheim Vortrag: Sonntag: Karte nach Grammel, Grammel, Grammel, Grammel 30 Pf. Treffpunkt 7 1/2 Uhr im Jugendheim. Rückkehr zum Busling gegen 5 Uhr. Abend um 6 1/2 Uhr im Jugendheim Anwesenheit: 50 Mitglieder Vortrag des Kollegen Flieg über die Schicksale Schweiß. Eintritt frei. — In der nächsten Woche finden im Jugendheim folgende Veranstaltungen statt: Montag 8 Uhr: Lesabend. Mittwoch: Spiel- oder Gesangsabend. Freitag: Vortragabend über Volkswirtschaft.

### Briefkasten der Redaktion.

Die literarischen Sprechstunden finden für Abonnenten Sprechst. 3, IV. Hofstraße, Portiere am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Umschlag und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefe ohne Umschlag werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Besräge, Christkäse und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**11. 1912.** Verjährung tritt erst nach drei Jahren von dem Tage der letzten Zahlung ein. — **12. 1.** Der Wert kann nicht vermindert werden, mit der Abzahlung der Miete einverstanden zu sein. — **13. 28.** 1. Die kommunale Unterhaltung kann Ihnen entzogen werden. 2. Rein. — **14. 128.** Eine Beschwerde an den Bundesrat hat in diesem Fall keinen Zweck. Es wäre doch besser, wenn Sie in unsere Sprechstunde kämen. — **15. 2.** **Gontow-Straße.** Wegen Ungenügendes dienstuntauglich. — **16. 2.** Beschwerde an das Kriegsministerium ist noch zulässig. 2. Sagen Sie das Material dem Reaktionsvorstand ein. — **17. 27. 1.** Diese Ihre Beschäftigung müssen bei der Steuererklärung berücksichtigt werden; reklamieren Sie. 2. Rein. 3. Ist noch nicht verjährt. — **18. 3. 69.** Wegen Krampfadern dienstuntauglich. — **19. 28.** Die Forderung ist noch nicht verjährt. — **20. 24. 1.** Wird nicht entzogen werden. — **21. 300.** Sie können die Schuld durch Zahlungsdienstleistungen erlösen. — **22. 16.** Wegen Unfähigkeit dienstuntauglich. — **23. 100.** Fragen Sie zunächst an, ob ein Testament vorhanden ist. — **Retur 99.** Die Mutter soll einen Antrag bei der Steuerkasse stellen. Sie erhält monatlich 6 Mark.